



- 3 Erinnerung bewahren – authentische Orte erhalten –
Verantwortung übernehmen
KZ-Überlebende, die die internationalen Komitees von neun
Lagern vertreten, verabschieden in Berlin ein »Vermächtnis«
- 5 NS-Untertageanlagen und Gedenkstättenarbeit
Erfahrungen aus Mittelbau-Dora
Jens-Christian Wagner
- 14 »Eindeutschungsfähig«
Neue Autobiographie zu einer Kategorie der Rassen-
und Polenpolitik des NS-Regimes – Ein Projekt des Ulmer
Dokumentationszentrums
Silvester Lechner
- 21 »Lebens-Spuren«. Gedenkbuch für die in
Brandenburg/Havel ermordeten »Euthanasie-Opfer« aus Berlin
Astrid Ley
- 24 »Ganz genau hinschauen!«
Erinnerung an den Holocaustforscher Wolfgang Scheffler
Alfred Gottwaldt
- 27 Veranstaltungshinweise
- 33 4. Deutsch-Französisch-Polnisches Gedenkstättenseminar
Zgorzelec (Polen), Dresden 13.–17. Mai 2009
Verschwinden der Erinnerung und Vergessen in der europäischen
Gedächtnisbildung
- 37 Tagungsbericht
Europäische Sommer-Universität Ravensbrück (15.–19.9.2008)
»Die Erinnerung an die Shoah an Orten
ehemaliger Konzentrationslager in West- und Osteuropa.
Geschichte, Repräsentation und Geschlecht«
*Michael Herrmann, Johanna Kootz, Thomas Schaarschmidt
und Josephine Ulbricht*
- 43 Literaturhinweise

Titelfoto: Installation in der Stollenanlage der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora,
2008, Foto: Claus Bach. Siehe hierzu den Beitrag von Jens-Christian Wagner in
diesem Heft.

Erinnerung bewahren – authentische Orte erhalten – Verantwortung übernehmen

KZ-ÜBERLEBENDE, DIE DIE INTERNATIONALEN KOMITEES
VON NEUN LAGERN VERTRETEN, VERABSCHIEDEN IN BERLIN
EIN »VERMÄCHTNIS«

Auf Einladung des Internationalen Auschwitz-Komitees haben sich vom 24.–27. Januar in Berlin Vertreterinnen und Vertreter der Komitees der Überlebenden zahlreicher Konzentrationslager getroffen, die sich auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland befunden haben. Sie haben ein gemeinsames Vermächtnis erarbeitet, das im Folgenden abgedruckt ist.

Das Vermächtnis wurde während eines Empfangs dem deutschen Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler vorgestellt und offiziell am Rande der Feierstunde dem Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert übergeben.

Erinnerung bewahren – authentische Orte erhalten – Verantwortung übernehmen

Wir, die Unterzeichnenden, Überlebende der deutschen Konzentrationslager, Frauen und Männer, vertreten Internationale Häftlingskomitees der Konzentrationslager und ihrer Außenkommandos. Wir gedenken unserer ermordeten Familien und der Millionen Opfer, die an diesen Orten der Asche getötet wurden. Ihre Verfolgung und Ermordung aus rassistischen, politischen, religiösen, sozialen, biologischen und ökonomischen Gründen und ein verbrecherischer Krieg haben die Welt an den Rand des Abgrunds geführt und eine schreckliche Bilanz hinterlassen. Nach unserer Befreiung schworen wir, eine neue Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen: Wir haben uns engagiert, um eine Wiederkehr dieser unvergleichlichen Verbrechen zu verhindern. Zeitlebens haben wir Zeugnis abgelegt, zeitlebens waren wir darum bemüht, junge Menschen über unsere Erlebnisse und Erfahrungen und deren Ursachen zu informieren. Gerade deshalb schmerzt und empört es uns sehr, heute feststellen zu müssen: Die Welt hat zu wenig aus unserer Geschichte gelernt. Gerade deshalb müssen Erinnerung und Gedenken weiterhin gleichermaßen Aufgabe der Bürger und der Staaten sein. Die ehemaligen Lager sind heute steinerne Zeugen: Sie sind Tatorte, internationale Friedhöfe, Museen und Orte des Lernens. Sie sind Beweise gegen Verleugnung und Verharmlosung und müssen auf Dauer erhalten werden. Sie sind Orte der wissenschaftlichen Forschung und des pädagogischen Engagements. Die pädagogische Betreuung der Besucher muss ausreichend gewährleistet sein. Die unvergleichlichen Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten – erinnert werden muss in diesem Zusammenhang vor allem an den Holocaust – geschahen in deutscher Verantwortung. Deutschland hat viel zur Aufarbeitung seiner Geschichte getan. Wir erwarten, dass die Bundesrepublik und ihre Bürger auch in Zukunft ihrer Verantwortung in besonderem Maße gerecht werden. Aber auch Europa hat seine Aufgabe: Anstatt unsere Ideale für Demokratie, Frieden, Toleranz, Selbstbestimmung und Menschenrechte durchzusetzen, wird Geschichte nicht selten benutzt, um zwischen Menschen, Gruppen und Völkern Zwietracht zu säen. Wir wenden uns dagegen, dass Schuld gegeneinander aufgerechnet, Erfahrungen von Leid hierarchisiert, Opfer miteinander in Konkurrenz gebracht und historische Pha-

sen miteinander vermischt werden. Daher bekräftigen wir den von der ehemaligen Präsidentin des Europäischen Parlaments und Auschwitz-Überlebenden Simone Veil vor dem Deutschen Bundestag 2004 ausgesprochenen Appell zur Weitergabe der Erinnerung: »Europa sollte seine gemeinsame Vergangenheit als Ganzes kennen und zu ihr stehen, mit allen Licht- und Schattenseiten; jeder Mitgliedstaat sollte um seine Fehler und sein Versagen wissen und sich dazu bekennen, mit seiner eigenen Vergangenheit im Reinen zu sein, um auch mit seinen Nachbarn im Reinen sein zu können.« Unsere Reihen lichten sich. In allen Instanzen unserer Verbände, auf nationaler wie internationaler Ebene, treten Menschen an unsere Seite, um die Erinnerung aufzunehmen: Sie geben uns Vertrauen in die Zukunft, sie setzen unsere Arbeit fort. Der Dialog, der mit uns begonnen wurde, muss mit ihnen fortgeführt werden. Für diese Arbeit benötigen sie die Unterstützung von Staat und Gesellschaft.

Die letzten Augenzeugen wenden sich an Deutschland, an alle europäischen Staaten und die internationale Gemeinschaft, die menschliche Gabe der Erinnerung und des Gedenkens auch in der Zukunft zu bewahren und zu würdigen. Wir bitten die jungen Menschen, unseren Kampf gegen die Nazi-Ideologie und für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt fortzuführen, eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen.

Dies sei unser Vermächtnis.

Im Original in der hier angegebenen Reihenfolge unterschreiben von der Präsidentin und den Präsidenten folgender Komitees der Überlebenden ehemaliger Konzentrationslager:

Noach Flug (Jerusalem, Internationales Auschwitz Komitee),
Sam Bloch (New York, World Federation of Bergen-Belsen),
Bertrand Herz (Paris, Internationales Buchenwald Komitee)
Max Mannheimer (München, Internationales Dachau Komitee)
Uri Chanoch (Jerusalem, Internationales Komitee Nebenlager Dachau)
Jack Terry (New York, Internationales Flossenbürg Komitee)
Albert van Hoey (Brüssel, Internationales Komitee Mittelbau-Dora)
Robert Pinçon (Tours, Internationales Neuengamme Komitee)
Annette Chalut (Paris, Internationales Ravensbrück Komitee)
Pierre Gouffault (Paris, Internationales Sachsenhausen Komitee)

NS-Untertageanlagen und Gedenkstättenarbeit

ERFAHRUNGEN AUS MITTELBAU-DORA

Jens-Christian Wagner

Anfang April 1944 sandte Oswald Pohl, Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes und damit Herr über die Konzentrationslager, Reichsführer-SS Heinrich Himmler eine Aufstellung aller Konzentrationslager im Reich und in den besetzten Gebieten. Danach unterstanden der Verwaltung des SS-WVHA 20 KZ-Hauptlager und 130 sogenannte Arbeitslager, wie die bei Rüstungsbetrieben eingerichteten KZ-Außenlager bei der SS genannt wurden. Handschriftlich fügte Pohl (oder Himmler?) seinem Schreiben noch stolz hinzu: »In Eickes Zeit waren es insgesamt 6 Lager! Jetzt: 185!«¹ Theodor Eicke hatten die Konzentrationslager bis Kriegsbeginn unterstanden.

Heinrich Himmler war über Pohls Meldung sichtlich erfreut und antwortete ihm in einem Schreiben vom 22. April 1944, »gerade an solchen Beispielen« könne »man sehen, wie unsere Dinge gewachsen sind, nicht zuletzt durch Ihr Verdienst«.² Wäre die KZ-Zentrale in Berlin besser informiert gewesen, hätte Pohl seinem Chef sogar eine noch höhere Lagerzahl melden können. Tatsächlich unterstanden dem SS-WVHA Ende März 1944 nämlich 19 KZ-Hauptlager mit knapp 350 Außenlagern, insgesamt also fast 370 Lager. Tatsächlich war das Jahr 1944 durch eine Explosion des KZ-Phänomens gekennzeichnet. Einige Zahlen mögen dies verdeutlichen:

Bei Kriegsbeginn, im September 1939, gab es in Deutschland und dem angeschlossenen Österreich 6 KZ-Hauptlager. Mit der Gründung neuer Lager in den besetzten Gebieten stieg die Zahl bis Ende 1941 auf 13 und bis Ende 1942 auf 18 Lager an.

Die eigentliche Expansion des Lagersystems begann jedoch erst 1943, und zwar durch die zunehmende Gründung von KZ-Außenlagern, deren Insassen Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie und bei Bauvorhaben leisten mussten. Ende 1943 existierten bereits fast 260, im Juli 1944 fast 600 und im Januar 1945 über 730 Lager³ – und das, obwohl der deutsche Herrschaftsbereich in diesem Zeitraum erheblich geschrumpft war und zahlreiche Lager im Osten wie im Westen mit der Deportation ihrer Insassen in das Reichsgebiet schon wieder aufgelöst worden waren. Im Winter 1944/45 gab es kaum noch eine Stadt in Deutschland und Österreich, in der sich nicht ein KZ-Außenlager befand.

Mit den Außenlagern wuchs das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager bis zum Kriegsende immer mehr in die deutsche Gesellschaft hinein, und mit ihnen kam die im Osten radikalisierte Tat von der Peripherie zurück ins Zentrum der Tätergesellschaft.

Eine Schlüsselrolle kam in diesem Zusammenhang der Untertageverlagerung der Rüstungsindustrie zu, die im Herbst 1943 mit der Verlagerung der Raketenrüstung von Peenemünde in das unterirdische »Mittelwerk« bei Nordhausen begann.⁴ Der zügige Ausbau eines unterirdischen Tanklagers zur Raketenfabrik, dem Tausende von KZ-Häftlingen aus dem dafür Ende August 1943 gegründeten Buchenwalder Außenlager »Dora« zum Opfer fielen, entwickelte sich seit dem Winter 1943/44 zum Referenzobjekt für den absurden und gigantomanischen Versuch, angesichts der alliierten Luftüberlegenheit

die deutsche Rüstungsindustrie in bombensichere unterirdische Räume zu verlegen, von denen viele erst noch ausgeschachtet werden sollten.

Koordiniert durch das Rüstungsministerium, dessen Chef Speer das Mittelwerk im Dezember 1943 inspiziert hatte, begann man im Frühjahr 1944 überall im Reichsgebiet mit der Schaffung neuer Untertage- oder Bunkeranlagen, von denen viele im Rahmen des Jägerprogramms entstehen sollten und die unter größtem Zeitdruck vorangetrieben wurden (die meisten wurden allerdings nie fertiggestellt). Die Leitung der Bauarbeiten oblag in den meisten Fällen der SS oder der OT; als Arbeitskräfte wurden neben ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen vor allem KZ-Häftlinge eingesetzt, für die in der Nähe der Baustellen KZ-Außenlager eingerichtet wurden.

Ende 1944 arbeiteten über 240 000 KZ-Häftlinge, darunter zahlreiche ungarische Juden, unter mörderischen Bedingungen auf den unter- und oberirdischen Baustellen der SS und der OT. Etwa die gleiche Anzahl von Häftlingen musste zu diesem Zeitpunkt Zwangsarbeit in Rüstungsbetrieben leisten. Es gab seit 1943 mithin zwei Gruppen von KZ-Außenlagern:

- Lager, die bei bestehenden Industriebetrieben eingerichtet wurden;
- die Außenlager der Verlagerungsprojekte.

Während die Arbeitsbedingungen in den Lagern der ersten Gruppe (zu der im übrigen die meisten Frauen-Außenlager gehörten) meistens vergleichsweise erträglich waren, galten die Außenlager der Verlagerungsprojekte – wie alle Bau-KZ – als Todeskommandos. Der Grund dafür war das wichtigste Selektionskriterium der SS und der Unternehmen: die Ersetzbarkeit der KZ-Zwangsarbeiter. In Rüstungsbetrieben eingesetzte Häftlinge waren beruflich meist qualifiziert und/oder mussten über einen längeren Zeitraum eingearbeitet werden. Ihr Verlust hätte einen ökonomischen Schaden bedeutet, also achteten SS und Firmenleitungen darauf, dass die Arbeitskraft zumindest der als Facharbeiter bezeichneten Häftlinge annähernd erhalten blieb. Ganz anders war es bei den beruflich meist nicht qualifizierten Bauhäftlingen (so der Quellenbegriff): Sie galten der SS und den Betriebsleitungen als ersetzbar, also ließ man sie sich bis zum Tode abarbeiten, denn Nachschub schien in den Hauptlagern ja in großer Zahl bereit zu stehen. Dabei hatte die Praxis, wonach die Firmen der SS für jeden Häftling eine pauschale Tagesgebühr zahlen mussten, katastrophale Folgen für die Bauhäftlinge: Die Firmen setzten alles daran, die Arbeitszeiten möglichst auszudehnen. Wenn Häftlinge erschöpft ausfielen, mussten sie von der SS durch neue Häftlinge ersetzt werden: Die Firmen zahlten für Tagewerke – egal, wer sie leistete. Der Kräfteverlust der Häftlinge und die damit einhergehende ständige Weiterverlegung in schlechtere Arbeitskommandos und schließlich in die Sterbezonen der Lager beschleunigte sich durch diese Praxis weiter.⁵

Paradigmatisch zeigte sich diese Form mobiler Selektion im KZ Mittelbau-Dora. Überhaupt steht dieses KZ modellhaft für die versuchte Untertageverlagerung der Rüstungsindustrie im letzten Kriegsjahr und die dabei praktizierte extensive Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen, deren Tod bewusst einkalkuliert wurde.

Der historische Kontext der Geschichte Mittelbau-Doras war die sich abzeichnende deutsche Kriegsniederlage und der von Propagandaminister Goebbels propagierte Totale Krieg. Der drängende Arbeitskräftemangel in der deutschen Rüstungsindustrie führte dazu, dass dort seit 1942/43 zunehmend KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. KZ-Zwangsarbeit in dieser ökonomisierten Form wäre ohne den Kontext der

drohenden Kriegsniederlage nicht denkbar gewesen. Das gilt auch für die Untertageverlagerung. 1943/44 hatten die Alliierten längst die Lufthoheit über Deutschland. Um die Rüstungswerke vor Luftangriffen zu schützen, versuchten die Rüstungsmanager um Minister Speer zum einen die Produktion von Jagdflugzeugen anzukurbeln und zum anderen die Werke unter die Erde verlagern zu lassen.

Im Ansatz mag das noch Ergebnis rationaler Planung gewesen sein. Allerdings gewann die Untertageverlagerung in der NS-Propaganda und in der Autosuggestion vieler Rüstungsmanager und Ingenieure schnell einen mystischen Wert. SS-Chef Heinrich Himmler phantasierte im Frühjahr 1944 vom neuen »Höhlenmenschen«⁶, und Hitler sprach zur gleichen Zeit gar von der »großzügigen und endgültigen Verlagerung der gesamten deutschen Industriewerke unter die Erde«.⁷

Vorbild war dabei immer das Mittelwerk, das vor allem deshalb in der NS-Führung bewundert wurde, weil dort die sogenannten Vergeltungswaffen hergestellt wurden, vor allem die V2-Rakete, von der sich nicht nur die NS-Führungsriege, sondern viele Deutsche eine Wende im bereits verlorenen Krieg versprachen. Eines unterschied das Mittelwerk allerdings von den vielen Untertageverlagerungsprojekten des letzten Kriegsjahres: Weil die Stollenanlagen zu Beginn der Verlagerung bereits vorhanden waren (sie waren seit 1936 als unterirdisches Tanklager für die Wehrmacht ausgeschachtet worden), konnte hier tatsächlich noch produziert werden. Bei den meisten Verlagerungsvorhaben des Jahres 1944 mussten die Stollenanlagen dagegen noch ausgeschachtet werden. Eine quantitativ bedeutsame Rüstungsproduktion hat hier nie stattgefunden, allenfalls eine Einlagerung von Maschinen oder allenfalls die eher symbolische Montage einiger weniger Flugzeuge oder Waffen, wie es beim Reimahg-Werk bei Kahla der Fall war.

Wie absurd diese Planungen waren, mögen einige Zahlen veranschaulichen: Rund um das Mittelwerk plante der Jägerstab seit dem Frühjahr 1944 weitere Untertageanlagen, die KZ-Häftlinge ausschachten sollten. Für den Ausbau der Stollen im Mittelwerk, die eine Fertigungsfläche von etwas mehr als 110 000 qm boten, hatte man acht Jahre benötigt, von 1936 bis 1944. Die Stollenanlagen in der Nachbarschaft, die unter der Bezeichnung »Unternehmen Mittelbau« seit dem Frühjahr 1944 neu ausgeschachtet werden sollten, waren mit einer Fertigungsfläche von mehr als einer Million Quadratmeter geplant. Die Erweiterungsbauten sollten also zehn mal größer als das Mittelwerk werden; sie sollten aber nicht in acht, sondern in nicht einmal einem Jahr fertiggestellt werden.

Selbstverständlich wurden die Fristen für die Fertigstellung der geplanten Bauabschnitte nie eingehalten. Doch statt die Planungen pragmatisch nach unten zu revidieren, legten die Bauingenieure und Rüstungsplaner mit jeder nicht eingehaltenen Frist Planungen vor, die noch größenwahnsinniger waren. Die unterirdischen Rüstungswerke waren mithin eine Chimäre. Das einzige, was real produziert wurde, war der tausendfache Tod der bei den Bauarbeiten eingesetzten Zwangsarbeiter.

Wunderwaffenpropaganda und Untertageverlagerung – beides war Ausdruck der Realitätsflucht in einem untergehenden Regime. Kaum etwas verdeutlicht die mörderische Absurdität der NS-Rüstungsplanungen im letzten Kriegsjahr besser als die Geschichte Mittelbau-Doras.

In der Öffentlichkeit gilt Mittelbau-Dora dagegen bis heute vielfach als Produktionsstätte der V-Waffen. Technikbegeisterung und der offenbar bis heute wirkende Mythos der V-Waffen haben dazu beigetragen, dass nicht nur Laien und Marketingstrategen,

sondern bisweilen auch Historiker Mittelbau-Dora als Raketen-KZ verkauft haben⁸ – the rocket sells. Die Folge ist, dass ein Teil der Besucher nicht aus einem sozialhistorischen Interesse an der Geschichte des KZ und seiner Insassen in die Gedenkstätte Mittelbau-Dora kommt, sondern mit einer Motivation, die man als diffuse Mischung aus unpolitischer Technikbegeisterung, naiver Höhlenromantik und kindlichem Entdeckertrieb bezeichnen kann – vielleicht lässt sich ja doch noch der Nazi-Goldschatz oder das Bernsteinzimmer finden ... Manchmal geht diese Motivation auch einher mit einer rechtslastigen Glorifizierung vermeintlicher technischer Großtaten deutscher Ingenieure. Die Rakete und der Stollen – schon Joseph Goebbels hatte sich daran begeistert. Im Juli 1944 schrieb er nach der Vorführung eines von Rüstungsminister Speer in Auftrag gegebenen Werbefilms über die A4-Rakete, mit der die NS-Führung und damit die Geldgeber überzeugt werden sollten, weiter in das Raketenprogramm zu investieren, in sein Tagebuch:

»A4 [die technische Bezeichnung der V2-Rakete] wird in der Hauptsache in Fabriken unter der Erde geschaffen. Wenn man diese Fabriken im Film sieht, hat man den Eindruck, es handle sich um Zwerge, die den Nibelungenschatz bearbeiten. Die Arbeit wird vorwiegend von KZ-Häftlingen gemacht. Dann sieht man, wie das Geschoss zur Abschußstelle gefahren wird. [...] Man hat den Eindruck, der Geburt einer neuen Welt beizuwohnen. Ich kann mir vorstellen, dass A 4 zu einer völligen Revolutionierung unserer Waffentechnik führen und der Zukunftskrieg durch diese Erfindung ein neues Gesicht erhalten wird. Ich kann mir die Vorführung des Films nicht oft genug ansehen.«⁹

Wie ist mit solcherlei geprägten Erwartungen gedenkstättendidaktisch umzugehen? Grundlegend falsch wäre es, dem Besucher mit dem erhobenen Zeigefinger moralischer Entrüstung zu vermitteln, die Technik- und Höhlenbegeisterung sei schlecht; stattdessen habe er um die Opfer zu trauern. Abwehrreflexe wären die Folge, wie überhaupt Gedenkstättenarbeit nicht auf historisch entleerte Pietät reduziert werden darf. Im Gegenteil: Nur die historische Auseinandersetzung und die Kontextualisierung helfen hier weiter. Der Mythos der V-Waffen und der Untertageanlage kann nur durch die historische Evidenz selbst dekonstruiert werden. Hier setzt die pädagogische Arbeit in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora an, und zwar sowohl bei den Führungen durch die Stollenanlage als auch in der neu konzipierten und im Herbst 2006 eröffneten Dauer Ausstellung. Führt man dem Besucher vor Augen, dass das vermeintliche unterirdische Rüstungszentrum im Harz weitgehend eine tödliche Chimäre war, ein Phantasieprojekt der NS-Elite und ihrer Ingenieure, die vor der Realität des verlorenen Krieges in die Höhlen des Harzes flüchteten, so wird der Technikfaszination und der Höhlenromantik weitgehend der Boden entzogen.

Was bleibt, ist das Mittelwerk mit seiner V2-Montage. Aber auch hier lief nicht alles so reibungslos, wie es sich die Militärs, Ingenieure und Manager selbst einredeten. Realiter bietet die Geschichte der Mittelwerk GmbH ein eindrückliches Beispiel betriebswirtschaftlicher und technologischer Inkompetenz, die viel mit kriegsbedingter Improvisation zu tun hat. Kaum war Anfang 1944 die Raketenmontage angelaufen, als aus dem Rüstungsministerium der Befehl kam, die nördliche Hälfte der Stollenanlage des Mittelwerkes zugunsten des Junkers-Konzerns zu räumen. Sämtliche gerade erst eingebauten Maschinen mussten nun wieder abgebaut und in die südliche Hälfte der Stollenanlage hineingezwängt werden. Der Ausstoß an A4-Raketen erlitt zwangsläufig in den folgenden Monaten einen starken Einbruch.¹⁰



Mitglieder des US-Kongresses besichtigen das unterirdische Mittelwerk, 1. Mai 1945 (Nationals Archives Washington)

Aber auch in der Folge konnten die geplanten monatlichen Produktionszahlen nie erreicht werden. Das hing erstens ursächlich damit zusammen, dass die A4-Rakete eigentlich noch nicht serienreif war. Ständig wurden Konstruktionsänderungen in den laufenden Fertigungsprozess eingefügt. Zweitens gab es wegen der Bombardierung der Zulieferbetriebe und der Verkehrswege ständig Ausfälle in der Zulieferung von Bauteilen. Drittens litten nicht nur die Menschen, sondern auch die empfindlichen Maschinen an den schlechten klimatischen Bedingungen unter Tage. Und viertens scheiterte die Raketenproduktion im Mittelwerk an der Unvereinbarkeit von High-Tech und Zwangsarbeit. Im Gegensatz zur Zwangsarbeit im Baukommando, wo Häftlinge mit roher Gewalt zur Arbeit angetrieben wurden, waren der qualifizierten Zwangsarbeit enge systematische Grenzen gesetzt. Ein Häftling, der filigrane Schweißarbeiten an der Steuerung der A4-Rakete vornehmen musste, konnte nicht ohne weiteres mit körperlichen Zwang angetrieben werden. Letztlich musste er, um gute Arbeitsergebnisse zu zeigen, ein Interesse am Produkt haben. Das war aber nicht gegeben, arbeiteten die Häftlinge doch an einer Waffe, die gegen die eigenen Angehörigen in der Heimat gerichtet waren und die eigene KZ-Haft zu verlängern helfen sollten.

Der Leitung der Mittelwerk GmbH wurde dieses Problem bald bewusst. Leistungsanreize wie Prämiescheine für minderwertige Lebensmittel oder Bordellbesuche verfehlten jedoch die von der Firmenleitung erhoffte Wirkung bei den KZ-Zwangsarbeitern. Deshalb wurde das Zahlenverhältnis von Häftlingen und deutschen Zivilbeschäftigten schrittweise verändert. Kamen anfangs auf jeden Zivilbeschäftigten noch acht Häftlinge, so waren es am Ende nur noch zwei.¹¹ Trotzdem produzierte das Mittelwerk weiterhin fast ein Drittel Ausschuss.

Diese – hier in aller Kürze wiedergegebenen – historischen Informationen werden den Gedenkstättenbesuchern in den Führungen und in der Ausstellung vermittelt. Tech-

nische Details werden also keineswegs ausgeklammert. Sie werden aber nicht um ihrer selbst willen erzählt, sondern sozialgeschichtlich kontextualisiert. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Folgen technische Entwicklungen für die Menschen hatten, die mit ihr zu tun hatten – seien es KZ-Häftlinge, die gezwungen wurden, Waffen zu montieren, oder die Techniker und Ingenieure, die diese Waffen entwickelten und im Betrieb die Zwangsarbeit von Häftlingen veranlassten, koordinierten oder anleiteten. Das übergreifende Thema ist hier die ethische Verantwortung von Wissenschaftlern und Technikern.

Überhaupt – dies sei als Parenthese formuliert – spielt die Frage nach der Motivationsstruktur der Täter- und Mittäterschaft, die sowohl Techniker als auch Architekten, Bauingenieure, Manager und die Profiteure und Zuschauer im Umfeld der Lager umfasst, in der Gedenkstättenpraxis eine zentrale Rolle. Die deutsche Gesellschaft muss sich als Post-Täter-Gesellschaft sehr viel stärker mit den Tätern auseinandersetzen als ausländische Gedenkstätten und Museen wie Yad Vashem oder dem USHMM, bei denen die Opfer naturgemäß stärker im Mittelpunkt stehen.

Doch zurück zur Dekonstruktion des V-Waffen- und Höhlenmythos in der Gedenkstättenarbeit. Die Dekonstruktion des V-Waffen-Mythos ist Teil eines integralen gedenkstättenpädagogischen Konzeptes, das den Besuch der Dauerausstellung, die Führungen durch die Stollenanlage sowie das frühere Lagergelände und die Projektarbeit mit Gruppen umfasst, für die vorbereitete Materialsammlungen zum Thema Zwangsarbeit, Untertageverlagerung und Verantwortung von Wissenschaftlern und Technikern bereit stehen.

Kernthema der neuen Dauerausstellung ist die Rolle Mittelbau-Doras als Modellfall der KZ-Zwangsarbeit. Die Raketenmontage im Mittelwerk und der Ausbau neuer Stollenanlagen werden als Subthemen der Zwangsarbeit erzählt und damit dem erreichten Forschungsstand entsprechend historisch kontextualisiert. Zudem wird deutlich gemacht, dass Mittelbau-Dora weit eher ein Bau-KZ als ein Raketen-KZ war. Das zentrale Leitexponat der Ausstellung ist mithin nicht etwa eine Rakete, sondern ein aus dem Stollen geborgener originaler Grubenhunt, eine Art überdimensionale Lore, mit der Häftlinge beim Stollenvortrieb ausgebrochenes Gestein in mühevoller und kräftezehrender Arbeit aus dem Stollen brachten.

Dort, wo die Raketenmontage im Mittelwerk gezeigt wird, ist sie in ihren historischen Kontext gestellt. Es wird gezeigt, dass der funktionierende High-Tech-Betrieb tief unter der Erde im Grunde eine Wunschvorstellung der Ingenieure und Manager war. Als Beispiel sei die Ausstellungs-Präsentation der Mittelwerk-Fotos von Walter Frenz genannt, von denen manche aufgrund starker und vorwiegend unkritischer medialer Verbreitung einen hohen Bekanntheitsgrad aufweisen. Der historische Kontext der Fotos war der Kampf um Dringlichkeitsstufen und politische Prioritätensetzung innerhalb der NS-Rüstungswirtschaft. Im Frühjahr 1944 stand das Heeres-Raketenprogramm wegen ungelöster technischer Probleme und angesichts des Konkurrenzdrucks durch die Luftwaffe vor dem Aus. Rüstungsminister Speer, der das Raketenprogramm unterstützte, beauftragte deshalb den Fotografen und Kameramann Walter Frenz, einen Film über die Produktion der V2-Rakete herzustellen. Frenz hatte in den 1930er Jahren Filme mit Leni Riefenstahl gedreht und galt als »Leibfotograf« von Adolf Hitler. Mit dem V2-Film wollte Speer bei hohen NSDAP-Parteifunktionären Werbung für das Raketenprogramm machen, um auf diese Weise dessen Finanzierung sicherzustellen. Während der Dreharbeiten im Mittelwerk machte Frenz auch Fotografien. Eine Serie von Kleinbild-Farbdias blieb erhalten und wurde 1998 in seinem Nachlass gefunden. Es handelt sich



Eingang zum unterirdischen Mittelwerk nach der Befreiung des KZ Mittelbau, April 1945. Stolleneing. (Box 471), National Archives Washington

um gestellte Aufnahmen aus der Perspektive der Täter. Zu sehen sind gut genährte Häftlinge, die Bauteile der V2-Rakete zusammensetzen oder filigrane Elektroarbeiten an der Steuerung vornehmen. Es soll der Eindruck einer funktionierenden High-Tech-Fabrik vermittelt werden; das Leiden der Häftlinge wird ausgeblendet.

Mit jeder öffentlichen Präsentation dieser Fotos geht die Gefahr einher, dass erstens die Realität des Konzentrationslagers verharmlost und zweitens der (Auto-)Suggestion der Raketeningenieure gefolgt wird, die ihren Auftraggebern eine funktionierende Untertagefabrik vortäuschten. Die Frenztz-Aufnahmen werden in der Ausstellung daher sehr behutsam und in ihrem historischen Kontext gezeigt. Ihrer Entstehung und ihrem Format entsprechend werden die Dias seriell auf einem Bildschirm präsentiert; d.h., es gibt keine großen Printversionen der Fotos, sondern lediglich die virtuelle Diashow. Diese wird umrahmt von Zitaten überlebender Häftlinge und deutscher Ingenieure, die über die Zwangsarbeit und die Schwierigkeiten bei der V2-Produktion im Mittelwerk berichten. Mit dem französischen Physiker Charles Sadron ist einer der KZ-Überlebenden, die über die Zwangsarbeit berichten, auf den Frenztz-Fotos selbst zu sehen.

Die Präsentationsform der Frenztz-Fotos ist ein gutes Beispiel dafür, dass technische Details zur Raketenrüstung in der Ausstellung keineswegs ausgespart werden, dass sie aber immer sozialgeschichtlich dimensioniert sowie quellenkritisch in ihrem Entstehungszusammenhang gebracht werden. Das gilt auch für die zahlreichen Biographien von Häftlingen wie Tätern, die in der Ausstellung präsentiert werden. Neben den Raketeningenieuren um Wernher von Braun werden dabei auf der Täterseite auch Baufachleute wie Herbert Rimpl und Rüstungsmanager wie Albert Speer und Karl-Maria Hettlage porträtiert.

Technische Exponate aus der Raketenproduktion werden hingegen relativ zurückhaltend gezeigt. Gleich im ersten Ausstellungsraum wird der Besucher allerdings mit

vielen Relikten aus dem Stollen konfrontiert – Schutt und Raketenschrott, der Dora als Schlachtfeld des Totalen Krieges visualisiert.

Die Gestaltung des Museumsneubaus in der Gedenkstätte Mittelbau-Dora ist 2001 aus einem internationalen Ideen- und Realisierungswettbewerb hervorgegangen. Unter den zahlreichen Beiträgen befanden sich auch mehrere, die das Museum in unmittelbare Nähe zur Stollenanlage platzierten. Diese Vorschläge hatten in der Jury aus gutem Grund kaum eine Chance. Die Verweildauer in der Gedenkstätte beträgt durchschnittlich zwei Stunden. Würde das Museum sich vor dem Stolleneingang befinden, würden sich viele Besucher außer der Stollenanlage vielleicht gerade noch die Ausstellung ansehen. Das ehemalige Lagergelände, in dem sich noch zahlreiche bauliche Relikte befinden (das Krematorium etwa ist nahezu komplett erhalten, und auch vom »Bunker« und zahlreichen Funktions- und Unterkunftsbaracken gibt es noch bauliche Relikte), bliebe von den meisten Besuchern weitgehend unbeachtet. Für das Verständnis der Lagergeschichte sind diese Zeugnisse jedoch unverzichtbar. Nur beides zusammen: der Stollen und das Lagergelände, vermitteln dem Besucher eine Ahnung vom historischen Geschehen und regen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte an.

Der Museumsneubau ist deshalb ganz bewusst nicht vor dem Stollen, sondern in der Nähe des Häftlingslagers errichtet worden. Er ist als architektonische Klammer zwischen dem Häftlingslager und dem Industriegelände mit den Stolleneingängen gedacht. Dem Besucher wird von hier aus ein Blick auf das gesamte Lagergelände und seine räumlich-funktionale Gliederung ermöglicht. Die Dauerausstellung und das als Dokument verstandene Lagergelände sind so – unter der Voraussetzung der historisch-didaktischen Erschließung des Geländes – eng mit einander verzahnt.

Führungen in die Stollenanlage beginnen mit einer räumlichen und historischen Orientierung an einem Freiluftmodell vor dem Museum. Sie beinhalten immer auch eine Führung zumindest durch einen Teil des ehemaligen Häftlingslagers. Aus bergrechtlichen, aber auch aus pädagogischen Gründen kann die Stollenanlage nur im Rahmen von Führungen durch Gedenkstättenpersonal erfolgen. (Das hat zur Folge, dass der Anteil an geführten Besuchern der Gedenkstätte bei weit über 50 Prozent liegt).

Nur ein kleiner Teil der Stollenanlage, die sich im Eigentum eines Bergbauunternehmens befindet, das bis vor kurzem obertätig Anhydrit abgebaut hat, ist für Besucher zugänglich. Besichtigt werden können diejenigen Bereiche der Stollenanlage, die für das Leben und Leiden der Häftlinge besondere Bedeutung gehabt haben: die ehemaligen »Schlafstollen«, also jene Kammern, die von Oktober 1943 bis Juni 1944 zur Unterbringung der Häftlinge genutzt wurden (später dienten sie als Werkhallen für die V1-Produktion) und die von September 1943 bis März 1944 zum Sterbeort von über 3000 Menschen wurden. Spätestens hier wird dem Besucher deutlich, dass er sich nicht in einem Raketemuseum und schon gar nicht in einer Weihestätte deutscher Ingenieurskunst befindet, sondern an einem Ort des Gedenkens, der zugleich unterirdischer Friedhof ist und an dem das Leiden der KZ-Häftlinge im Mittelpunkt steht.

Der Stollen, der zugleich unterirdisches KZ war, unterscheidet Mittelbau-Dora übrigens von den meisten anderen Untertageverlagerungsprojekten des letzten Kriegsjahres. Bei fast allen anderen Untertageprojekten der NS-Zeit waren die dort eingesetzten Zwangsarbeiter außerhalb der Untertageanlagen in Barackenlagern untergebracht (Ausnahmen sind ein Schacht in Hambühren bei Celle, in dem Strafgefangene Zwangsarbeit leisten mussten, und ein stillgelegtes Kalibergwerk bei Weferlingen, in dem 1944

monatelang KZ-Häftlinge untergebracht wurden). Diese Feststellung ist nicht ganz irrelevant, gibt es doch an vielen Orten solcher Stollenbauprojekte heute Forderungen nach Öffnung der jeweiligen Stollenanlage für museale Zwecke (z.B. in Hersbruck, Langenstein-Zwieberge und auch in Kahla). Zwar sind die genannten Rüstungsprojekte ohne die Stollenanlagen nicht zu denken. Unverzichtbar ist aber, dass die Stollenanlagen im Kontext der gesamten Lagergeschichte und der heutigen Lagerrelikte didaktisch dimensioniert werden. Letztlich waren die Stollenanlagen in den meisten Fällen nur eine Arbeitsstätte von Zwangsarbeitern unter anderen, etwa beim Straßen- oder Gleisbau. Auf letzteren Baustellen sind Häftlinge ebenso elendig an den Folgen der Zwangsarbeit zugrunde gegangen wie beim Stollenvortrieb. Es fällt deshalb schwer, irgendeinen nachvollziehbaren Grund dafür zu finden, diese Stollenanlagen gegenüber anderen Arbeitsorten, etwa in den Rüstungsfabriken, oder gegenüber den eigentlichen Lagergeländen und Grabstätten didaktisch herausragend zu behandeln.

Der Aufsatz ist auch erschienen in dem Band »Sperrige Vergangenheit«, hrsg. von Justus H. Ulbricht

Dr. Jens-Christian Wagner ist Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

- 1 Schreiben Pohl an Himmler, 5.4.1944, BA Berlin, NS 19/1921, Bl. 1.
- 2 Schreiben Himmler an Pohl, 22.4.1944, BA Berlin, NS 19/1921, Bl. 2.
- 3 Die Zahlen beruhen auf einer kritischen Auswertung der – z.T. fehlerhaften und unvollständigen – Daten, die Gudrun Schwarz 1990 zusammengetragen hat; vgl. Gudrun Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/New York 1990.
- 4 Zum Mittelwerk und dem angeschlossenen KZ Mittelbau-Dora vgl. etwa André Sellier, Zwangsarbeit im Raketentunnel. Geschichte des Lagers Dora, Lüneburg 2000 sowie Jens-Christian Wagner, Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2004.
- 5 Vgl. dazu ausführlich Wagner, Produktion des Todes, S. 359 ff.
- 6 Schreiben Heinrich Himmler an Oswald Pohl, 17.12.1943, BA Berlin, NS19/317, Bl. 3.
- 7 Protokoll der »Führerbesprechung« am 5.3.1944, abgedr. in: Willi A. Boelcke (Hg.): Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg: Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt/Main 1969, S. 338.
- 8 Vgl. etwa die mehrfach aufgelegte Studie von Manfred Bornemann, Geheimprojekt Mittelbau. Vom zentralen Öllager des Deutschen Reiches zur größten Raketenfabrik im Zweiten Weltkrieg, Bonn 1994 oder die in weiten Teilen apologetische Broschüre von Fred Dittmann und Jürgen Michels, Größter Geheimwaffenproduzent des Dritten Reiches, Kelbra 1992. Bezeichnend für Verkaufsstrategien in Deutschland ist der Umstand, dass die seriöse Dora-Studie des Historikers und ehemaligen Häftlings André Sellier (siehe oben, Anm. 4) im Gegensatz zur französischen Originalausgabe (die einfach nur »Histoire du Camp de Dora« heißt) den Titel »Zwangsarbeit im Raketentunnel« führt.
- 9 Elke Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher des Joseph Goebbels, Teil II, Diktate 1941–1945, Bd. 13, München u.a. 1995, S. 105 f. (Eintrag vom 13.7.1944).
- 10 Vgl. auch im folgenden Wagner, Produktion des Todes, S. 201 ff.
- 11 Vgl. ebd., S. 215 ff.

»Eindeutschungsfähig«

NEUE AUTOBIOGRAPHIE ZU EINER KATEGORIE DER RASSEN-
UND POLENPOLITIK DES NS-REGIMES
EIN PROJEKT DES ULMER DOKUMENTATIONSZENTRUMS

Silvester Lechner

Das Projekt

In diesen Wochen ist durch das Ulmer »Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg« (DZOK) die erste Autobiographie erschienen aus dem Kreis derjenigen etwa 30 000 bis 40 000 Polen, die nach der Besetzung Polens durch die Wehrmacht als »eindeutschungsfähig« etikettiert worden waren. Autor ist Roman Sobkowiak, geboren als Pole 1923 in der Provinz bzw. Wojwodschaft Posen, in unmittelbarer Nähe der Grenze zu Deutschland. Sobkowiak wurde mit Teilen seiner Familie 1941 enteignet, rassisch überprüft und eingeordnet und nach Deutschland in ein »SS-Umsiedlungslager« bei Ulm deportiert.

Berichtet wird hier von einem Projekt, das im Kontext einer seit über dreißig Jahren bestehenden KZ-Gedenkstätte entstanden ist, aber mit deren ursprünglicher Thematik, dem einstigen (frühen) Landes-KZ von Württemberg, nur so viel zu tun hat, dass beide historischen Erscheinungen Teile nationalsozialistischer Politik waren.

Das Projekt ist also u.a. ein Beispiel dafür, wie angesichts des zunehmenden Zeitabstandes zur NS-Zeit kleinere Gedenkstätten ihr thematisches Interesse erweitern und somit für die historisch-politische Bildung der Gegenwart attraktiver werden können.

Im Jahr 1995 kam der erste Kontakt zwischen Roman Sobkowiak und dem DZOK zustande. Benannt nach dem frühen württembergischen Konzentrationslager im Ulmer »Fort Oberer Kuhberg« (November 1933 bis Juli 1935), war die Institution bis dahin weitgehend mit Geschichte und Biografien dieses KZ für politische Gegner des NS-Regimes befasst. Sie suchte – und sucht weiterhin – diese Geschichte in Gestalt einer Gedenkstätte am authentischen Tatort pädagogisch zu vermitteln.

Seit den 80er Jahren erweiterte das »Doku-Zentrum« sein Spektrum und machte prinzipiell die gesamte NS-Zeit unter regionalen Voraussetzungen zu seinem Thema.

So entstand 1994 mit einem Aufruf in der Warschauer »Gazeta Wyborcza« das »Zwangsarbeiter-Projekt«. Es ging darum, Kontakt zu solchen polnischen Zwangsarbeiter/innen herzustellen, die im Zweiten Weltkrieg in die Region Ulm verschleppt worden waren. Sie wurden um Berichte und Dokumente gebeten, um diese zu veröffentlichen. Fast 200 Betroffene antworteten. In den Begleitschreiben stand häufig, dass frau/man gerne die Stadt Ulm noch einmal wieder sehen würde. So erweiterte sich das Buchprojekt zu einer Einladung nach Ulm von zwei Gruppen mit je 80 Menschen im Herbst 1996 und im Frühjahr 1997.

In dieser Zeit wurde auch Roman Sobkowiak, der nach dem Krieg in der Region geblieben war, auf die DZOK-Aktivitäten aufmerksam, meldete sich und zeigte dabei ein schon sehr weit gediehenes Manuskript seiner Lebenserinnerungen. Ein Auszug daraus erschien dann in dem im Auftrag des Dokumentationszentrums heraus gegebenen, heute vergriffenen Buch »Schönes, schreckliches Ulm«.¹

Stammte auch die Mehrzahl der Berichte von ehemaligen Zwangsarbeitern, so waren doch auch – neben Roman Sobkowiak – fünf weitere Berichte von Menschen enthalten, die ebenfalls als »eindeutschungsfähig« etikettiert worden waren und somit einen anderen Status als Zwangsarbeiter hatten.

Roman Sobkowiak hatte bald nach Beginn seines Ruhestandes 1984, also mit 60 Jahren, begonnen, sein in Jahrzehnten gesammeltes Material zu seinem Leben zu sichten. Der Prozess des systematischen Erinnerns begann, er ging bald über in ein gezieltes Schreiben. Dabei half ihm als Erinnerungsstütze ein lebenslanges Hobby, das er als zwölfjähriger Schüler noch in Polen entdeckt hatte, das Fotografieren. Zahllose Fotos, von denen ein großer Teil bis heute erhalten ist, dokumentieren insbesondere sein Leben und illustrieren das vorliegende Buch.

Im zeitlichen Kontext der Zwangsarbeiterprojekte des DZOK tauchte die Idee auf, aus dem Sobkowiak-Manuskript ein Buch zu machen. Ein Redaktionsteam wurde gefunden, allein, es fanden sich keine Geldgeber. So lag das Buch-Projekt über zehn Jahre auf Eis, blieb aber in ständiger Diskussion und Bearbeitung. Im Jahr 2006 konnte es neu angepackt und 2009 zu einem glücklichen Ende geführt werden. Denn nun waren auch Geldgeber gefunden worden: der Bischof von Rottenburg-Stuttgart; die Daimler AG Stuttgart; die Deutsch-polnische Gesellschaft, Landesverband Baden-Württemberg e.V.; die Gedenkstätten-Förderung des Landes Baden-Württemberg; die Sparkasse Neu-Ulm/Illertissen; die Sparkasse Ulm.

Historischer Hintergrund und historische Bedeutung des Projektes

Mitte Mai 1940 verfasste Heinrich Himmler, »Reichsführer-SS« und seit Oktober 1939 auch »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums«, eine geheime Denkschrift. Sie trägt den Titel »Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten«² und ist ein Schlüsseldokument für die deutsche Besatzungsherrschaft »im Osten«. Hitler, dem Himmler das Papier am 25. Mai vorlegte, hielt es für »sehr gut und richtig« und ordnete an, es nur ausgewählten Verantwortlichen, u.a. den Gauleitern der Ostgaue sowie dem Chef des Generalgouvernements, Hans Frank, als »Richtlinie« an die Hand zu geben.

In dieser Denkschrift entwirft Himmler für das eroberte Polen, insbesondere das Generalgouvernement, in ungeschminkt rassistischer Wortwahl den Plan, »daß wir diesen ganzen Völkerbrei [...] auflösen«. Nur so sei es »uns möglich[...], die rassische Siebung durchzuführen, die das Fundament in unseren Erwägungen sein muß, die rassisch Wertvollen aus diesem Brei herauszufischen, nach Deutschland zu tun, um sie zu assimilieren.«

Für die »rassisch Minderwertigen«, also die »normalen Polen«, beschreibt Himmler als Bildungsziel: »Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot sei, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich.«

Dieses Dokument illustriert beispielhaft die nationalsozialistischen Germanisierungsvorstellungen, insbesondere für Osteuropa. Sie enthalten drei zentrale Ziele:

- implizit die Beseitigung bzw. Ermordung der »rassisch Unerwünschten«, wie vor allem der Juden;
- die Versklavung und Arbeitskraft-Ausbeutung der »rassisch Minderwertigen«;
- das »Herausfischen« der »rassisch Wertvollen«, d.h. derjenigen, die entweder nachweislich »volksdeutsch« sind oder in denen »germanisches Blut« vermutet wird, die also »eindeutschungsfähig« sind.

Roman Sobkowiak wurde mit Teilen seiner Familie von den Nazis als »eindeutschungsfähig« aus dem »Völkerbrei« herausgefischt und für die Assimilierung in Deutschland geeignet erachtet.

Da es bisher in der Zeitzeugenliteratur zur nationalsozialistischen Ostpolitik für die Kategorie der »Eindeutschungsfähigen« kein annähernd so ausführliches Zeugnis gibt, kommt dieser Biografie eine einzigartige Bedeutung zu. Letztlich weist die Biografie zum Aspekt der »Eindeutschungsfähigen« hinaus auf Konzept und Umsetzung der gesamten »rassenpolitischen Neuordnung Europas« unter dem nationalsozialistischen Regime.³

Betroffen von Ideen und Maßnahmen waren – in unterschiedlicher Ausprägung – alle besetzten Länder Europas, im Mittelpunkt jedoch stand für das »Volk ohne Raum« Osteuropa. Das war prinzipiell niedergelegt im Generalplan Ost, einem Projekt, das seit Mitte der Dreißiger-Jahre theoretisch-akademisch vorbereitet worden war und das ab 1940 weitgehende praktische Geltung bekam.⁴ Dabei diente Polen als Experimentierfeld für eine radikale Neuordnung. Und innerhalb des aufgelösten Polen war der »Mustergau Wartheland« am intensivsten betroffen. Bei einer geschätzten Bevölkerungszahl von 3.56 Millionen Polen (neben 309 000 Deutschen und 323 000 Juden) waren nach der deutschen Besetzung im bereicherten Region Warthegau fast 630 000 Menschen von Vertreibung betroffen⁵, unter ihnen die Sobkowiaks. Das Land sollte mit »germanischem Blut« von Volksdeutschen verschiedenster Länder neu besiedelt werden.⁶

Ein Anspruch der rassenpolitischen Neuordnung Polens war es, jeden einzelnen Bewohner des ehemaligen polnischen Staates einer »unauslöschbaren« Kategorie zuzuordnen. Dabei ergaben einerseits 21 pseudomedizinisch-biologistische, in einer »Rassenkarte« festgehaltene Zuordnungen (von der Haar- und Augenfarbe bis zur körperlichen Konstitution) eine »Rassenformel«. Andererseits spielten bei der Zuordnung Kriterien des bisherigen politischen Verhaltens gegenüber den Besatzern sowie die ökonomische Nutzbarkeit jedes Einzelnen eine Rolle.⁷

In zwei Behörden arbeiteten in Polen die Rasseexperten des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS (RuSHA), das ab 1940 in »Litzmannstadt« (=Lodz) eine Außenstelle hatte: in der Einwandererzentralstelle (EWZ) und in der Umwandererzentralstelle (UWZ).⁸ Die EWZ hatte im Warthegau die Auslese und Einbürgerung der Volksdeutschen an Hand der »deutschen Volksliste«⁹ zur Aufgabe, die UWZ »die Vertreibung von Polen und Juden« sowie »die politische und rassische Überprüfung der vertriebenen und enteigneten Polen«. In den Sammellagern der UWZ »sichteten die SS-Rasseexperten die zur Deportation ins Generalgouvernement vorgesehenen Polen«. Die Familien, deren »Rassewert« ihnen positiv auffiel, ließen sie in das eigene »Feinausleselager« des RuSHA bringen, es befand sich in einem ehemaligen Klosterkomplex in der Spornastraße 73 in Lodz.¹⁰ Zwischen Sommer 1940, als die Stelle ihre Arbeit aufnahm, bis Ende 1944, als die NS-Herrschaft dort zu Ende ging, sind etwa sieben Prozent der begutachteten Polen, rund 30 000 bis 40 000 Menschen, als »eindeutschungsfähig« klassifiziert worden.¹¹

In der »Ulica Sporna«, der Spornastraße 73, entschied sich am 7. November 1941 das Schicksal der Familie Sobkowiak. Unmittelbar davor lag eine zweijährige Zeit sich steigernder Bedrohung, Ungewissheit und Angst. Ein grelles Beispiel für diese Angst vom ersten Tag des Einmarsches der Deutschen an schildert Roman Sobkowiak: seine panikartige Flucht mit dem Fahrrad als gerade Sechzehnjähriger quer durch Polen Richtung Osten; eine Flucht, von der er sechs Wochen später zurückkehrte, da in dieser Zeit Sowjetrußland den Osten Polens besetzt hatte.



Haushaltungsvorstand: Sobkowiak		Vorname: Stanislaw	Perl.: 5	Sip. Nr. I/2861	
Name: Sobkowiak		Vorname: Roman	Verwandtschaftsgrad: John	Konfession: kath.	Id. Nr. 10107
Geburtsfesttag: 11.8.1923	Geburtsort: Deutschwehr	Kreis: Rawitsch	Abstammung: poln.		
Familienstand: E. v. m. g. verh. seit: led.	Zahl der Kinder:	Darvon lebend:	Zahl der Geschwister: 5/5 leb.	Verwante i. 1. Alttrieb: Brüder	
Staatsangehörigkeit: Polen	Gedient: Heer:	Dienstgrad:	Deutsch. Auszeichnung: verwundet:	Früher i. Alttrieb: nein	
Beruf: Radio-Techniker	Landbesitz: -	Wohnort: Deutschwehr	Kreis: Rawitsch	Hofgarten-Nr.	
Gesundheitsbefund:		Erdkrankheiten			
Bemerkungen:					Transport Nr.
Einsehstelle:	Ort:	Kreis:	Arbeitsamt	Landesbauernschaft	Hdb. H- u. Pol.-Führer



Oben: Die Familie des Autors (ganz rechts) im Jahr 1930 vor ihrem Geschäft in Szkaradowo in Westpolen.
 Unten: Die Registrierungskarte mit Foto zum »Eindeutschungs-Verfahren« mit der »Sippennummer« der Familie. Sie wurde angelegt am 8. November 1941 im »Feinausleselager« des »Rasse und Siedlungshauptamtes« in Lodz.

Die Sobkowiaks hatten bis zu diesem 7. November 1941 das Gleiche über sich ergehen lassen müssen, wie die etwa 630 000 anderen Polen des Warthegaus: Diskriminierung und Entrechtung, Enteignung des Besitzes, und schließlich die Vertreibung von Haus und Hof, im Morgengrauen, mit 30 Kilo Gepäck. Wie labil die Situation der Familie war, zeigt das von Roman berichtete Schicksal von dreien der Geschwister: Bruder Boleslaw entging 1940 nur haarscharf seiner Hinrichtung; Schwester Jadwiga wurde mit Mann und Kind ins Generalgouvernement deportiert und starb dort 1943; Bruder Stefan durchlitt mehrere Konzentrationslager bis zur Befreiung im Mai 1945.

Für die übrigen fünf Sobkowiaks, die Eltern Jozefa und Stanislaw sowie die Kinder Roman, Seweryna und Stanislaw wurde zwei oder drei Wochen nach der Vertreibung in der Prüfstelle des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes in Lodz alles anders. Von nun an gehörten sie zur Minderheit der »Eindeutschungsfähigen«. Der Begriff wird gleichbedeutend mit »wiedereindeutschungsfähig« oder auch »rückdeutschungsfähig« verwendet.¹²

Der weitere Umgang mit den »Eindeutschungsfähigen« war bürokratisch geregelt. Sie wurden in ein »Wiedereindeutschungslager« im Deutschen Reich eingewiesen, von dem aus sie nach einer Bewährungszeit in eine private Wohnung umziehen konnten.¹³ Im Mittelpunkt stand aber sofort nach der Umsiedlung der Arbeitseinsatz. Je länger der Krieg dauerte, um so mehr verstärkte sich die Jagd nach »gut rassigen Arbeitskräften«.¹⁴

Wie Himmler in seinen »Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen« vom Mai 1940 beschrieben hatte, ging es nun darum, dass die geprüften Rassegenossen nicht durch Nachbarn, Lagerleiter und Betriebsführer als Menschen zweiter Klasse behandelt würden. Sie sollten nicht mit einem »P« stigmatisiert und unter ein diskriminierendes Sonderrecht gestellt werden, wie etwa die Zwangsarbeiter. Vielmehr gehe es darum, wie Himmler schrieb, sie »bei aller Aufmerksamkeit und Wachsamkeit, die man ihnen widmen muß«, in das »deutsche Leben vertrauensvoll« einzubauen. »Beschimpfungen wie »Polacke« oder »Ukrainer« oder ähnliches müssen unmöglich sein.«¹⁵ Die »Eindeutschung« konnte dann konsequenter Weise so weit gehen, dass Einzelne aufgefordert wurden, sich der SS anzuschließen, wie das auch bei Roman Sobkowiak – ohne Erfolg – der Fall war.

Aus seinem Bericht geht deutlich hervor: Die Realität war eine völlig andere, als diejenige, die Himmler forderte. Die Erfahrungen extremer Fremdbestimmung und Willkür sowie die strukturelle Fremdenfeindlichkeit der nationalsozialistischen Gesellschaft, die sich nicht nur latent in der Bundesrepublik fortsetzte, schufen ein permanentes Gefühl der Ungleichheit, der Ungewissheit und Angst.

Die Sobkowiaks kamen in das »SS-Umsiedlungslager Schelklingen«, am Rand der Schwäbischen Alb, 25 km westlich von Ulm und über tausend Kilometer westlich von ihrem Heimatdorf gelegen. Das Lager stand unter dem Kommando des Höheren SS- und Polizeiführers Südwest als Beauftragter des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums, wie auf einem Schild am Eingang zu lesen war. Bei dem Lager handelte es sich um das St.-Konradi-Haus, bis zur Beschlagnahmung durch die SS im Sommer 1941 eine Fürsorgeanstalt für Jugendliche, im Besitz einer Stiftung der Katholischen Kirche.¹⁶ Lebten im Konradihaus ca. 150 Fürsorgezöglinge und Waisenkinder, so waren nunmehr im Umsiedlungslager ca. 500 Personen untergebracht, aus Slowenien, aus Polen, aus dem Baltikum, aus dem Elsass. Innerhalb der etwa 25 durch die SS beschlagnahmten kirchlichen Gebäude in Württemberg besaß Schelklingen den

Sonderstatus, Lager für »Eindeutschungsfähige« zu sein, während die anderen Lager für »volksdeutsche Umsiedler« vorgesehen waren.¹⁷ Allerdings, auch in Schelklingen gab es mit den Elsässern eine Gruppe, die einen Sonderstatus hatte. Diese galten zwar als »rasserein«, hatten aber bei der Besetzung des Elsass sich der Kollaboration mit den Nazis widersetzt und waren deportiert worden (auf Nazi-Deutsch »abgesiedelt«). Sie sollten nun vor allem politisch umerzogen werden. Aus dem Kreis dieser Gruppe sind die Erinnerungen der damals 16-jährigen Marie-Louise Zimmermann zugänglich, Tochter eines widerständigen Lehrers aus dem elsässischen Bischwiller, der mit seiner Familie im Oktober 1942 nach Schelklingen verschleppt wurde.¹⁸

Die ersten Monate – ehe sie privat außerhalb des Heimes notdürftig, aber etwas freizügiger unterkommen konnten – waren für alle Neuankömmlinge deprimierend. Zur extremen Beengtheit der Räume und den schlimmen hygienischen Verhältnissen kam eine unzureichende Versorgung und eine kaum definierte Rechtsstellung. Das wirkte sich einerseits negativ auf das interne Zusammenleben der Heiminsassen aus. Andererseits blieb die eingesessene Bevölkerung infolge Sprachbarrieren und rassistischer Vorurteile höchst misstrauisch. Sie unterschied bei den »Fremdrassigen« kaum zwischen Zwangsarbeitern und »Eindeutschungsfähigen«. Irgendeine Form der Umschulung oder wenigstens des Sprachunterrichts für die Lagerinsassen fand nicht statt.¹⁹

Der Bericht des Roman Sobkowiak, der 16 Jahre alt war, als die Wehrmacht in Polen einfiel, und 21, als die amerikanischen und später französischen Befreier nach Schelklingen kamen, ist wohl keineswegs typisch für die Mehrheit der Lagerinsassen. Aber er zeigt, dass es Menschen gab, die die gewalttätige Brechung ihrer Lebenslinien zu einem großen Teil überwinden und eine neue Identität finden konnten. Erste Voraussetzung für die neue Identität im fremden Land war ein Glücksfall: die Begegnung mit seiner künftigen Frau Elisabeth im Haus des Schelklinger Kriegsinvaliden und Sozialdemokraten Wilhelm Huber.

Zu diesem Glück kamen wichtige Voraussetzungen seiner Persönlichkeit: Seine behütete Kindheit, sein vital-pfiffiges und nie resignatives Temperament, seine Kontakt- und Durchsetzungsfähigkeit und – dies ganz besonders – seine außerordentliche, beruflich fruchtbar werdende praktische Intelligenz.

In seinem Berufsleben – in Folge der Besetzung ohne Schulabschluss und mit einer notdürftigen Mechanikerlehre – fand er Selbstbestätigung und zäh erkämpfte Wiedergutmachung unter den »Herrenmenschen« von einst. Das gilt von seiner ersten Anstellung als Radiomechaniker 1942 im Ulmer Musikhaus Reisser bis hin zu seinen letzten zehn Berufsjahren als hoch kreativer Angestellter im Entwicklungs- und Forschungslabor von AEG-Telefunken in Ulm. Dass er dort 1951 als Arbeiter angestellt wurde, hing sicher auch damit zusammen, dass das damals boomende Telefunken-Werk in Ulm in der Belegschaft viele »polnische« Wurzeln hatte. Denn 1940 war ein riesiges Zweigwerk des Berliner Telefunken-Mutterhauses in Lodz/Litzmannstadt mit nahezu 5000 Arbeitern errichtet worden, das dann 1944 angesichts des Näherrückens der Sowjetarmee nach Ulm evakuiert wurde, und zwar in die Wilhelmsburg, die Ulm überragende, fast hundertjährige Hauptkaserne der ehemaligen Bundesfestung Ulm.²⁰ Bei Telefunken/Ulm – Tarnname »Mechanische Werkstätten G.m.b.H., Ulm/Donau« – waren zur Produktion elektronischer Röhren zwar weitestgehend polnische Zwangsarbeiterinnen eingesetzt, die nach der Befreiung bald repatriert wurden. Jedoch die Gruppe der kleineren und höheren Angestellten bestand weitgehend aus »Volksdeutschen« mit polnischem Hintergrund, und diese Gruppe blieb nach 1945 in Ulm.

Roman Sobkowiak ergriff all die Chancen der nationalsozialistischen wie bundesdeutschen Arbeitswelt mit beiden Händen. Und wenn es nicht zynisch wäre angesichts der Vorgeschichte aus Gewalt und Zwang, könnte man sagen: Roman Sobkowiak wurde erfolgreich »eingedeutscht«.

Dr. Silvester Lechner leitet seit 1991 das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg e.V. – KZ Gedenkstätte in Ulm.

- 1 Silvester Lechner (Hg.), *Schönes, schreckliches Ulm*. 130 Berichte ehemaliger polnischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in den Jahren 1940 bis 1945 in die Region Ulm/ Neu-Ulm verschleppt worden waren, Ulm 1996, 2. Aufl. 1997; 315ff.
- 2 Erstmals veröffentlicht aus den Akten der Nürnberger Prozesse und kommentiert von Helmut Krausnick, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1957, Heft 2, 194–197.
- 3 Wissenschaftlich hervorragend aufgearbeitet in: Isabel Heinemann, »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003.
- 4 Die neueste Darstellung zum »Generalplan Ost« mit vielen Dokumenten und der weiterführenden Literatur findet sich im Ausstellungskatalog von Isabel Heinemann, Willi Oberkrome (u.a.): *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten*. Katalog zur Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn 2006.
- 5 Heinemann 2003, 225.
- 6 Ein prominentes Beispiel ist die Familie von Bundespräsident Horst Köhler. Dieser wurde am 22. Februar 1943 im Dorf Skierbieszow im damaligen »Generalgouvernement« geboren. Skierbieszow war im Kreis Zamosc eines von 300 Dörfern mit insgesamt 110 000 Menschen. Zamosc war eine Musterregion für den »Generalplan Ost«, eine Art »Sonderlaboratorium der SS«. Dort wurde die gesamte polnische und jüdische Bevölkerung enteignet, vertrieben und zum Teil ermordet und durch »Volksdeutsche germanischen Blutes« ersetzt. Dorthin wurden Köhlers Eltern als deutschstämmige Bauern aus dem rumänischen Bessarabien – heute Moldawien – Ende November 1942 umgesiedelt. Quelle: u.a. www.bundespraesident.de, 7/2008.
- 7 Heinemann 2003, 12f. Auf Seiten der NS-Besatzer standen sich dabei oft rassistische Dogmatiker und politische Pragmatiker gegenüber, was auf den inhumanen Umgang mit den Betroffenen freilich kaum Auswirkungen hatte. Ebd. 270ff.
- 8 Ebd. S. 232 ff und 251ff.
- 9 Ebd. 260ff.
- 10 Ebd. S. 252.
- 11 Heinemann 2003, 282ff: »Das »Wiedereindeutschungsverfahren«. Heinemann, ebd. 300, zitiert den Arzt und Rasseprüfer Dr. Grohmann: Neben »der zahlenmäßig geringen Gruppe der Eindeutschungsfähigen« stehe »die Millionenmasse der rassistisch und erbbiologisch unerwünschten Fremdschichten«.
- 12 Heinemann 2003, 257f.
- 13 Ebd. 286.
- 14 Ebd. 475ff.
- 15 Vgl. Anmerkung 1. Heinemann 2003, 287.
- 16 Jörg Martin, *Das Umsiedlungslager Schelklingen, 1941–1945*; in: *Ulm und Oberschwaben. Zeitschrift für Geschichte und Kunst*, Bd. 51, 2000, 232–247.
- 17 Ebd. 236.
- 18 Marie-Louise Roth-Zimmermann, *Denk' ich an Schelklingen. Erinnerungen einer Elsässerin an die Zeit im SS-Umsiedlungslager (1942–1945)*, St. Ingbert 2001 (= *Annales universitatis saraviensis*, Band 16)
- 19 Martin 242.
- 20 Zur Ansiedlung des Telefunken-Werks in Ulm vgl. Lechner, *Schönes, schreckliches Ulm*, 51 ff.

»Lebens-Spuren«

GEDENKBUCH FÜR DIE IN BRANDENBURG/HAVEL ERMORDETEN
»EUTHANASIE-OPFER« AUS BERLIN

Astrid Ley

Am 26. Juni 1940 hätte die Neuköllnerin Klara Jacob einen Untersuchungstermin in der Strahlenambulanz des Berliner Rudolf Virchow-Krankenhauses gehabt. Klara Jacob, die seit Januar 1939 in einer geschlossenen Abteilung der Heilanstalt Herzberge lebte, war Anfang Mai 1940 in jener Klinik durch Röntgenbestrahlung zwangssterilisiert worden, nun hätte die vorgeschriebene Nachuntersuchung erfolgen sollen. Als auch der nächste Untersuchungstermin ungenutzt verstrich, fragte die Strahlenambulanz in der Heilanstalt nach. Sie erhielt zur Antwort, dass eine Nachuntersuchung in diesem Fall »nicht erfolgen« könne, weil die Patientin »nach unbekannt verlegt worden« sei.

»Nach unbekannt verlegt«, »mit Sammeltransport verlegt«, »in eine andere Anstalt verlegt« – mit solchen oder ähnlichen Einträgen enden viele Krankenakten von Opfern der NS-Mordaktion »T4«. Mehr als 300 000 psychisch Kranke und geistig Behinderte fielen während des Zweiten Weltkriegs der nationalsozialistischen »Euthanasie« zum Opfer. In der ersten, zentral gesteuerten Phase 1940/41 wurden ca. 70 000 Patientinnen und Patienten deutscher Heil- und Pflegeanstalten ermordet. Die Opfer dieser »Aktion T4« genannten Krankenmorde wurden in sechs dafür umgebauten Tötungsanstalten mit Kohlenmonoxid erstickt. Eine dieser Mordstätten befand sich in der Stadt Brandenburg an der Havel. Über 9 000 Menschen aus psychiatrischen Krankenhäusern und Fürsorgeinstitutionen des nord- und mitteldeutschen Raums fanden hier zwischen Januar und Ende Oktober 1940 den Tod.

Unter den Opfern der »Euthanasieanstalt« Brandenburg befanden sich mindestens 5 000 Berlinerinnen und Berliner. Ihre Namen werden nun im Rahmen eines Forschungsprojektes ermittelt, das bei Professor Dr. Günter Morsch am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin angesiedelt ist. Das in Kooperation mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten durchgeführte Projekt wird von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin gefördert. Projektbearbeiter sind Dr. Annette Hinz-Wessels und Dr. Dietmar Schulze.

Mit dem Projekt finden erstmals systematische Forschungen zur Identität der in Brandenburg/Havel ermordeten Patienten statt. Das dabei entstehende Gedenkbuch soll den Familien der Ermordeten zuverlässige Informationen über das Schicksal ihrer Angehörigen geben. Den Opfern, die meist keinen Grabstein haben, gibt es das Recht zurück, »Lebens-Spuren« zu hinterlassen, und verankert sie in unserer Erinnerung, indem es ihre Namen nennt.

Mit dem Forschungsprojekt können allerdings nur gut die Hälfte der 9 000 in der »Euthanasie«-Anstalt Brandenburg Ermordeten der Anonymität entrissen werden. Für die Erforschung der übrigen ca. 4 000 Opfer dieser Mordstätte, die aus den Provinzen



Klara Jacob mit Familie,
1928, Privatbesitz

Altes Zuchthaus in Brandenburg, 1940 Sitz der »Euthanasie«-Anstalt, Aufnahme um 1870, Museum im Frey-Haus, Brandenburg



Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein, den Ländern Braunschweig, Mecklenburg, Anhalt und Hamburg stammten, fehlen derzeit noch die Mittel.

Das Gedenkbuch wird zentraler Bestandteil einer neuen Gedenkstätte in der Stadt Brandenburg sein, die sich schwerpunktmäßig der »Aktion T4« widmen wird. Zudem sind Verweise auf andere zeithistorisch relevante Orte in der Stadt geplant. Öffentlich zugänglich, wenn auch unter schwierigen Bedingungen, ist derzeit nur der ehemalige Hinrichtungstrakt des Zuchthauses auf dem Görden, das heute als JVA genutzt wird. Die Stiftung plant daher einen zentralen Ort in der Stadt Brandenburg, der die historischen Orte miteinander verknüpft. Dazu ist die »T4-Gedenkstätte« ein wichtiger erster Schritt.

Durch die Erfassung von Opfern will das Projekt darüber hinaus aber auch Lücken in der »Euthanasie«-Forschung schließen. So ist die Geschichte der brandenburgischen Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit dank des langjährigen Potsdamer medizinhistorischen Forschungsprojekts bestens untersucht, bezüglich der Tötungsanstalt Brandenburg/Havel bestehen aber noch erhebliche Wissenslücken. Diese sind umso bedauerlicher, als diese Tötungsanstalt eine der ersten Mordstätten der »Euthanasieaktion« war. Im Januar 1940 war sie zudem Schauplatz einer »Probevergasung«, bei der die Entscheidung über eine Tötungstechnik fiel, die zum Signum des fabrikmäßigen Massenmordes während des Nationalsozialismus werden sollte. Eine weitere Besonderheit von Brandenburg ist die dort ab Juli 1940 vollzogene »T4«-Sonderaktion gegen jüdische Kranke, die den Auftakt zur systematischen »Vernichtung« jüdischer Psychiatriepatienten im Reichsgebiet bildete.

Wie sich bei dem Forschungsprojekt jetzt zeigte, ist auch die im Sommer 1940 angeblich »nach unbekannt« verlegte Klara Jacob in der »Euthanasie«-Anstalt Brandenburg ermordet worden. Die 1901 geborene Frau aus Berlin-Neukölln hatte sich am 16. Januar 1939 freiwillig in die Heilanstalt Herzberge begeben, weil sie unter Angstzuständen litt. Der Grund für die plötzliche Furcht der bis dahin psychisch unauffälligen Frau könnte darin zu suchen sein, dass der Neuköllner Amtsarzt im Jahr zuvor ihre Zwangssterili-



»Euthanasie«-Gedenkstätte am Alten Zuchthaus in Brandenburg/H., Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten/Kiessling

sation beantragt hatte und nun für den 20. Januar 1939 ein Entscheidungstermin beim Erbgesundheitsgericht anberaumt war. Denn laut ihrer Herzberger Krankenakte fragte sie bei der Aufnahmeuntersuchung »nach jeder Antwort die sie gibt: »Kann ich denn am 20. Jan. hingehen zum Gesundheitsamt? Dann ist doch der Termin. Ich glaube, ich muss hingehen.«

Nach mehreren Sitzungen ordnet das Gericht am 16. Juni 1939 die Unfruchtbarmachung von Klara Jacob an, da sie an »angeborenem Schwachsinn« leide. Nach Meinung der Ärzte und Richter war vor allem ihr »Schul- und Lebenswissen« gering, »äußere Ursachen« für diese Geistesschwäche seien »nicht feststellbar«, obwohl Klara, wie auch das Gericht wusste, in der Kindheit in Fürsorgeerziehung gewesen war und die Volksschule nur bis zur 2. Klasse besucht hatte. Ende Juni 1939 wurde der Sterilisationsbeschluss rechtskräftig.

Dass ihre zwangsweise Unfruchtbarmachung dennoch erst zehn Monate später erfolgte, steht wahrscheinlich in Zusammenhang mit der kriegsbedingten starken Einschränkung des NS-Sterilisationsprogramms seit September 1939. Ende April 1940 wurde die noch immer in Herzberge untergebrachte Frau ins Rudolf Virchow-Krankenhaus verlegt, wo sie am 8. Mai 1940 durch Röntgenstrahlen unfruchtbar gemacht wurde. Zwei Tage später brachte man sie nach Herzberge zurück. Der letzte Eintrag in der Krankenakte, der über die psychische Verfassung der Frau Auskunft gibt, die gerade einem Zwangseingriff unterzogen wurde, stammt vom 20. Juni 1940 – sechs Tage vor dem eingangs erwähnten Untersuchungstermin, den Klara nicht mehr wahrnehmen konnte: »Patientin sehr klebrig [...] und auch auf Station sehr lästig. Patientin arbeitet nicht.« Offenbar nur wenige Tage später wurde Klara Jacob in die Tötungsanstalt Brandenburg gebracht und ermordet. Ihr und den anderen »Euthanasie«-Opfern aus Berlin will das Brandenburger Gedenkbuch jetzt ein Denkmal setzen.

Dr. Astrid Ley ist die für den Bereich »Euthanasie« zuständige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

»Ganz genau hinschauen!«

ERINNERUNG AN DEN HOLOCAUSTFORSCHER
WOLFGANG SCHEFFLER

Alfred Gottwaldt

Am 18. November 2008 ist in Berlin der Historiker Professor Dr. Wolfgang Scheffler gestorben. Er wurde 79 Jahre alt. Als historischer Sachverständiger in zahlreichen Strafverfahren zum Judenmord während des Zweiten Weltkriegs und als Hochschul-lehrer an beiden West-Berliner Universitäten genoss er einen ausgezeichneten Ruf. Er galt als einer der bedeutendsten deutschen Holocaustforscher seiner Zeit.

Am 22. Juli 1929 in Leipzig geboren, wuchs Scheffler in einer evangelischen Familie auf. Durch die Berührung der Eltern mit der Bekennenden Kirche blieb ihm die Hitlerjugend erspart. Als er gegen Kriegsende in Leipzig die ersten Konzentrationslagerhäftlinge sah, waren für ihn – noch unbewusst – die Würfel gefallen. Nach 1945 störte ihn bald die doktrinaire Hochschulausbildung an seinem Heimatort und er wechselte an die Freie Universität Berlin. Bei Ernst Fraenkel wurde er 1956 mit einer Dissertation über Diäten im englischen Parlamentarismus promoviert.

Doch fortan widmete er sein Leben nur noch einem Thema. 1960 legte er nach gründlichen Studien an den historischen Quellen bei Alfred Wiener in London sowie in der »Forschungsgruppe Widerstand« bei Ernst Fraenkel und Hans Herzfeld in Berlin seine knapp gefasste, auch von dem Berliner Innensenator Joachim Lipschitz geförderte Schrift »Judenverfolgung im Dritten Reich« vor. Nicht viele deutsche Autoren publizierten zu jener Zeit zum Thema. Der reduzierte, wie in Stein gemeißelte Stil dieser Darstellung blieb Schefflers Kennzeichen bis zu seiner letzten Zeile: Ein Resultat unerbittlicher und langwieriger Arbeit, denn Scheffler hat es weder sich noch anderen jemals leicht gemacht. Mehrfach erweitert, wurde diese Arbeit für die Anstalten der politischen Bildung in weit mehr als hunderttausend Exemplaren gedruckt. Eine japanische Ausgabe erschien 1961 in Tokio.

Bald darauf wurde Scheffler vom Auswärtigen Amt als wissenschaftlicher Beobachter zum Eichmann-Prozess nach Jerusalem delegiert. Als 1962 der Frankfurter Auschwitz-Prozess vorbereitet wurde, zog man an ihn als historischen Sachverständigen in Betracht. Weil die Verteidigung daraufhin öffentlich das unglaublich fadenscheinige Argument in Umlauf setzte, sein Doktorvater sei Jude, kam es dort nicht zu seiner Bestellung.

Gleichwohl setzte in den folgenden Jahren die anerkannte Laufbahn Wolfgang Schefflers als historischer Gutachter bei zahlreichen Strafverfahren vor deutschen Gerichten zu den nationalsozialistischen Gewalttaten ein. Im Bielefelder Bialystok-Verfahren, im Düsseldorfer Treblinka-Verfahren sowie im Düsseldorfer Prozess gegen den Reichsbahn-Staatssekretär Albert Ganzenmüller waren seine Kenntnisse gefragt. Insbesondere in dem großen Düsseldorfer Majdanek-Verfahren von 1977 wurde er von Verteidigern mit dem Vorwurf als befangen abgelehnt, er habe jüdische Lehrer gehabt und sei »enger Verflechtung mit dem Kreis der Verfolgten« verdächtig. Wochenlang wurden seine Herkunft und seine Ausbildung – erfolglos – vor den Schranken des Gerichts zerredet. Das Wochenmagazin »Der Spiegel« (Nr. 18/1977 vom 26. April 1977) schrieb damals, Scheffler sei »wegen seiner dokumentarischen Präzision bei Angeklagten und Anwälten gefürchtet« gewesen. In Eberhard Fechners Film »Der Prozeß« von

1981 über das Majdanek-Verfahren kann man ihn als den »Gutachter« sehen, der mit unverwechselbarem Ton und unbeirrbarer Präzision aussprach, was ihm wichtig war: Suche nach den Fakten, Verzicht auf jede Spekulation.

Zuletzt trat er als Gutachter im ersten Demjanjuk-Verfahren auf. Stets widersprach er dem Vorbringen der Täter, sie hätten unter Befehlsnotstand gehandelt. Themen seiner Forschung waren Ghettos, Zwangsarbeitslager und Vernichtungsstätten in Europa. Minutiös berechnete er schon 1963 die Zahlen der in den Vernichtungsstätten Belzec, Sobibor und Treblinka ermordeten Juden. Als vierzig Jahre später, im Jahre 2002, ein geheimer deutscher Funkpruch von 1943 auftauchte, der diese Zahlen exakt darlegte, war das eine späte Genugtuung für seine akribische Arbeitsweise.

Nachdem um 1975 die große »Welle« der Strafprozesse wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen abgeebbt war, begann Wolfgang Schefflers hohe Zeit als Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (Fachbereich Politische Wissenschaft). Dort wurde er 1980 zum Honorarprofessor bestellt. So konnte er in den Arbeitsbereich seines Lehrers zurückkehren, akademische Schüler weiterentwickeln und zudem den Bereich der historischen Grundlagen der Politik stärken, der für die Berliner Politikwissenschaft damals charakteristisch war. Es war die Zeit der dritten Verjährungsdebatte und der Ausstrahlung des Fernsehfilms »Holocaust«. Stets beschäftigte ihn die Brüchigkeit unserer Zivilisation. Als es im politischen Raum darum ging, die »Auschwitzlüge« strafbar zu machen, ergriff Wolfgang Scheffler dafür öffentlich Position.

1986 wurde er von Herbert A. Strauss auch auf eine Professur am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin berufen. Die Zahl seiner Schüler blieb klein; Art und Umfang der von ihm betreuten Dissertationen waren stets außergewöhnlich. Darüber hinaus bereicherten seine Kenntnisse fortan die vorbereitende Arbeit der »Stiftung Topographie des Terrors« wie die Errichtung der »Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz« in Berlin.

Die zahlreichen Verfahrensakten der deutschen Justiz, von denen heute viele in der »Zentralen Stelle der Landesjustizanstalten« in Ludwigsburg liegen, erkannte er schon früh als originäre Quelle der Forschung. So drang er bald auf die Einrichtung einer Forschungsstelle bei der Ludwigsburger Behörde. Der Kernsatz von Schefflers Methode lautete: »Ganz genau hinschauen!« Das bedeutete, die Dokumente mindestens dreimal zu lesen, dabei alle Aktenzeichen und Namen detailliert zu entschlüsseln, danach sämtliche Zahlen selbst nachzurechnen. Besonderen Wert legte er auf den Abgleich von Aussagen Tatbeteiligter mit den Zeugnissen Überlebender, wodurch er sich nicht nur Freunde machte.

Man hätte sich vielleicht mehr Bücher von Wolfgang Scheffler gewünscht, doch er fürchtete lange Zeit in fast traumatischer Weise, als Gerichtsgutachter deshalb nochmals wegen Befangenheit abgelehnt zu werden. Seine späten Aufsätze zum Ghetto Litzmannstadt, zur bedrückenden Lage der deportierten deutschen Juden im Baltikum, besonders Riga, zum Warschauer Ghetto und zur »Aktion Erntefest« als Ende der polnischen Judenheit waren bestechend klar formuliert und sind bis heute aktuell geblieben. Meh-



rere Dokumentenbände aus der gerichtlichen Arbeit hat er noch gemeinsam mit seiner zweiten Ehefrau Helge Grabitz (1934–2003) herausgegeben, die als Oberstaatsanwältin in Hamburg selbst für die Verfolgung von NS-Straftaten zuständig gewesen war.

Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit hat er sich in der Gedenkstättenpraxis engagiert. In der Anfangsphase des Ausstellungsprojektes »Topographie des Terrors« 1986/1987 war Wolfgang Scheffler mit wichtigem historischem Rat an der Gestaltung von Dokumentation und dazugehörigem Katalog beteiligt. Er gehörte bis 2006 dem Arbeitsausschuss an, der die Topographie in die Rechtsform einer selbständigen Stiftung begleitet sowie bei der konzeptionellen Weiterentwicklung und zahlreichen konkreten Projekten beraten hat.

1994 ist Wolfgang Scheffler in den Ruhestand getreten; bald wurde es still um ihn. Die Bundesrepublik dankte ihm mit dem Bundesverdienstkreuz. Danach war von Streitigkeiten mit Angehörigen von Überlebenden des Rigaer Ghettos zu lesen, bis sie endlich beigelegt waren. Festschriften seiner akademischen Schülerinnen und Schüler sowie der Fachkollegen mit ihren Beiträgen zur Holocaustforschung kamen in den Jahren 1994 und 2004 heraus. Am Ende seiner wissenschaftlichen Tätigkeit stand im Jahre 2003 noch – gemeinsam mit Diana Schulle – die Herausgabe der zweibändigen Gedenkschrift »Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden« bei K. G. Saur.

Sein weiterhin am frühen Samstagmorgen im »Telefunken-Hochhaus« der Technischen Universität abgehaltenes Kolloquium blieb bis zuletzt ein legendärer Geheimitipp für Spezialisten. Dieter Pohl hat daran in der Berliner »tageszeitung« vom 28. November 2008 mit den Worten erinnert: »Vielen wird Wolfgang Scheffler als Urgestein deutscher Zeitgeschichtsforschung in Erinnerung bleiben, mit seinem imposanten Auftreten, seiner tiefen Stimme und seiner kategorischen Bestimmtheit.« Eine kleine Zahl eingeschworener »Scheffler-Schüler« trägt heute die Fackel weiter und widmet sich mit der von ihm definierten Methode dem steinigen Feld empirischer Holocaustforschung nach seiner Devise: Ganz genau hinschauen!

Alfred Gottwaldt ist seit 1983 Leiter der Abteilung Schienenverkehr im Deutschen Technikmuseum Berlin. Er hat bei Wolfgang Scheffler das Thema der Judendeportationen bearbeitet.

Europäische Sommer-Universität Ravensbrück 15.–19. September 2008

»DIE ERINNERUNG AN DIE SHOAH AN ORTEN
EHEMALIGER KONZENTRATIONSLAGER IN WEST- UND OSTEUROPA.
GESCHICHTE, REPRÄSENTATION UND GESCHLECHT«

Michael Herrmann, Johanna Kootz, Thomas Schaarschmidt und Josephine Ulbricht

Die Europäische Sommer-Universität Ravensbrück 2008 näherte sich dem Thema der Erinnerungen an die Shoah aus einer Vielzahl von Perspektiven.

Einerseits standen nationale Entwicklungen der Memorialkultur in den west- und osteuropäischen Staaten seit 1945 zur Debatte, andererseits ging es aber auch um die Frage transnationaler Deutungsmuster wie Heroisierungen und Viktimisierungen in den Darstellungen des Holocaust.

Nach der Begrüßung durch den Staatssekretär im Brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Johann Komusiewicz, die Leiterin der Gedenkstätte Dr. Insa Eschebach und die beiden Mitveranstalter Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors) und Dr. Marianne Zepp (Heinrich-Böll-Stiftung) führte der Medienwissenschaftler Prof. Dr. Frank van Vree (Universität Amsterdam) in das Thema der diesjährigen Sommer-Universität ein. Im Mittelpunkt seines Vortrags über die Auschwitz-Erinnerung in der europäischen Geschichtskultur stand die Frage nach den verschiedenen Etappen in der Repräsentation der Shoah vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart. Für die Erinnerung in den Vierzigerjahren konstatierte er eine Kontinuität nationaler Traditionen, im Falle Polens eine Heroisierung, im Falle der Niederlande eine Einbettung der Holocaust-Erinnerung in das nationale Opfer-Narrativ. Erste Gegenstimmen gegen die nationalen Meistererzählungen stellte van Vree bereits für die Mitte der Fünfzigerjahre in Ost- und Westeuropa fest. Eine grundlegende Abkehr von den heroisierenden Narrativen und eine Thematisierung der Sinnlosigkeit des Opfers setzte aber erst in den Sechziger- und Siebzigerjahren mit dem Eichmann-Prozess, den Veröffentlichungen Raoul Hilbergs und der Darstellung der Shoah in Film und Fernsehen ein. Auch für diese Phase verwies van Vree auf zeitlich parallele Entwicklungen in West- und Osteuropa.

Cilly Kugelmann (Jüdisches Museum Berlin) sprach anschließend über die Geschichte der Erinnerung an die Shoah in Israel und den USA. Für Israel hob sie hervor, dass die Debatte um den Holocaust, den Umgang mit den Opfern und die Identifikation mit der Shoah als Gründungsmythos des Landes die Lager spalte. Für die USA verwies sie auf die Konflikte zwischen den verschiedenen Generationen jüdischer Einwanderer. Erst in den Achtzigerjahren kam es in den USA zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der Shoah und ihren jüdischen Opfern in Museen und Ausstellungen. Das korrespondiert mit der Entwicklung des Gedenkens in Israel, wo die Massenvernichtung erst vergleichsweise spät ein Thema des Schulunterrichts wurde. Kugelmann bedauerte, dass die Shoah im Unterricht noch immer ohne Zeitzeugen gelehrt wird, und kritisierte, dass neuere Ausstellungen keinerlei Vorstellungsästhetik aufwiesen und zu abstrakt mit dem Thema umgingen. Ihre Frage zum Schluss, was mit dem Gedenken passiere, wenn schon alles gesagt sei, ließ sie offen.

PD Dr. Susanne Lanwerd (Collegium Helveticum, Basel) gab einen Überblick über die Historiographie der Shoah in der Frauen- und Geschlechterforschung seit den späten Siebzigerjahren. Ausgangspunkt des wissenschaftlichen Interesses war die Hinwendung zu den weiblichen Überlebenden des Holocaust. In der Folge traten aber auch Fragen nach den Täterinnen, nach geschlechtsspezifischen Überlebensstrategien, nach der »Heimatfront« und der Bedeutung der Geschlechterordnung für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft im Krieg hinzu. Abschließend ging Lanwerd auf das Verhältnis von Gedächtnis und Geschlecht ein. Dabei verwies sie zum einen auf die große Nachhaltigkeit von Bildhaushalten, zum anderen auf die Tendenz zu einer Feminisierung in der Beschreibung der Gesellschaft im Nationalsozialismus als Strategie zur kollektiven Entlastung der Deutschen.

Der zweite Tag stand unter dem Thema »Orte und Repräsentationen« und begann mit einem Vortrag von Prof. Dr. Mechthild Gilzmer (TU Berlin) über *Die Erinnerung an die Shoah in Frankreich*, der die verschiedenen Etappen des Gedenkens seit 1944 beschrieb. Bis in die Sechzigerjahre dominierte der heroische Résistance-Mythos, in dem vorrangig die aus politischen Gründen Deportierten repräsentiert waren. Die jüdische Erinnerung passte sich diesem Narrativ weitgehend an, um nicht durch ein separates Gedenken an die Opfer der Shoah die von den Nationalsozialisten aus rassistischen Gründen erzwungene Ausgrenzung aus dem nationalen Kollektiv zu wiederholen. Im Kampf um die Deutungshoheit verstärkte de Gaulle das nationale, heroische Narrativ noch einmal in den Sechzigerjahren, indem er die Erinnerung an die Deportationen mit militärischen Repräsentationen überschrieb. Unter dem Einfluss von Massenmedien und zivilgesellschaftlichen Initiativen setzte in den Siebzigerjahren eine Hinwendung zu den jüdischen Opfern und zur Verstrickung der französischen Gesellschaft in die Kollaboration ein, die an Gedenkorten wie dem Denkmal am Vel d'Hiv und anderen Deportationslagern Ausdruck fand. Diese Neuorientierung führte dazu, dass heute auch ältere Denkmale wie das Denkmal für die Deportierten auf der Ile de la Cité als Gedenkort für die Opfer der Shoah wahrgenommen werden.

Den zweiten Teil des Vormittags bestritt die Soziologin Dr. Éva Kovács (Ungarische Akademie der Wissenschaften) mit einem Vortrag zum Thema der Shoah im sozialen Gedächtnis Ungarns. Anhand einer Unterteilung in drei Phasen 1945–1948, 1948–1990 und 1990 bis 2002 zeigte sie Entwicklungen in der ungarischen Erinnerungskultur auf, wobei der Fokus auf der Diskrepanz zwischen der ungarisch-jüdischen und nicht-jüdischen Erinnerung lag. Während die erste Phase den Bruch in den Identitäten und den Erinnerungen markiert, der von kontroversen Auseinandersetzungen mit der Judenverfolgung, starken antisemitischen Manifestationen sowie Pogromen begleitet gewesen ist, kam es in der zweiten Phase zu einer Tabuisierung des Holocaust, die durch die Mythenbildung in den Sechzigerjahren abgelöst wurde. Kovács hob hervor, dass die Geschichtspolitik ein Bild von Ungarn als Opfer des Nationalsozialismus entwarf, in dem die Verfolgung und Ermordung der ungarischen Juden nur als ein Teil der Leiden des ungarischen Volkes wahrgenommen wird. Mit dem Systemwechsel zu Beginn der Neunzigerjahre setzte eine neue Flut von Erinnerungen ein, die neben den Opfern des Stalinismus auch die Opfer der Shoah sichtbar machte und gleichzeitig die Emanzipation der Juden in Ungarn förderte. Dennoch wurde bis heute das Gedächtnis der Shoah kaum in das kollektive Gedächtnis der ungarischen Nation übernommen, wofür die Soziologin die Dichotomie der Holocaust-Erinnerung und der Kommunismus-Erinnerung sowie die kaum thematisierte Täterrolle Ungarns als Gründe anführte.

Am Nachmittag wurde das Thema in Arbeitsgruppen vertieft. Eine von Christian Ganzer geleitete Runde diskutierte anhand von Fotografien Opfer- und Heldendarstellungen in Museen und Gedenkstätten in Belarus. In seinem Einführungsvortrag machte Ganzer deutlich, dass zwei Hauptnarrative für Belarus kennzeichnend sind: die Heroisierung des Mythos von der »Brester Festung« und der »Große Vaterländische Krieg«. Mit dem Erhalt der eigenen Nationalstaatlichkeit musste im Zuge der Identitätsbildung der Staat mit Geschichte gefüllt werden, wobei man auf die sowjetischen Mythen und den Verweis auf Belarus als Partisanenrepublik zurückgriff. Das Gedenken an Helden und Opfer wird dominiert von der Sinnstiftung einer »patriotischen Erziehung« der Bevölkerung. Die Shoah wurde lange Zeit als Ermordung »friedlicher Sowjetbürger« gehandelt, was auch in der Auseinandersetzung mit den Darstellungen auf den Fotos deutlich wurde. So konnte festgestellt werden, dass die Errichtung von Denkmälern für die Opfer der Shoah vorwiegend in den Neunzigerjahren einsetzt, wobei sie sich in ihrer geringen Monumentalität und Qualität wesentlich von den Heldendenkmälern unterscheiden. In den Museen kommt dem »Großen Vaterländischen Krieg« noch immer der zentrale Platz in der Erinnerungskultur in Belarus zu.

Eine von Dr. Insa Eschebach geleitete Arbeitsgruppe *Vergangenheitspolitik und Erinnerungsgeschichte* thematisierte die Darstellung der Frauen und insbesondere der Mütter in der Denkmalslandschaft. In ihrem einführenden Referat verglich Insa Eschebach das Mahnmal »Tragende« (Will Lammert) in Ravensbrück mit der Figurengruppe von Fritz Cremer im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald. Die »Tragende« stehe dank ihrer karitativen Haltung im Gegensatz zu Darstellungen heroischer Männlichkeit, die häufig Widerstand und Auflehnung auszudrücken scheinen. Bis in die Achtzigerjahre gab es kein Gedenken an die jüdischen Opfer in Ravensbrück, wo vorrangig die antifaschistischen Widerstandskämpferinnen als »Gründungsmütter der sozialistischen Nation« geehrt wurden. Die Erinnerung an die Shoah setzte erst ab Mitte der Achtzigerjahre im Zuge einer Pluralisierung des Gedenkens in der DDR ein. Heute werde Ravensbrück durchaus als Ort der Judenverfolgung wahrgenommen. Susanne zur Nieden und Silvija Kavčič stellten die Ergebnisse ihrer Studie zum jüdischen Gedenken seit den Siebzigerjahren in den KZ-Gedenkstätten der DDR dar. Ausgangspunkt der Betrachtungen war die These, dass die Erinnerung an die jüdischen Verfolgten seit dem Verbot der VVN 1949 behindert wurde. Mit der Erosion des antifaschistischen Narrativs in den Achtzigerjahren konnten sich neue Ansätze eines jüdischen Gedenkens entfalten.

Die Vorträge und Arbeitsgruppen des dritten Tages widmeten sich dem Thema Orte und Autorisierungen. In ihrem einführenden Vortrag sprach Prof. Dr. Sara Horowitz (York University, Toronto) unter dem Titel *Belated Holocaust Memoirs and the Ambiguities of Mothers* über die Beziehungen von Müttern und Töchtern, welche die Shoah überlebt haben. Dabei unterschied Sara Horowitz drei Varianten: Zum einen den Wunsch der Tochter, hinter die verborgene Geschichte der Mutter zu kommen, wenn sie selbst erst nach dem Krieg geboren wurde, zum zweiten die Idealisierung und Mystifizierung der Beziehung, wenn die Mutter den Krieg nicht überlebt hatte,



Die Direktorin des Remember the Women Institute, New York, Dr. Rochelle Saidel (USA/Israel/Brazil) im Gespräch mit Dr. Helga Amesberger, Vorstandsmitglied der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück und Freundinnen (Wien). Foto: Kristina Strauß, MGR/SBG.

und drittens die Möglichkeit, sich mit größerem zeitlichen Abstand nuancierter und freier über die gemeinsamen Erlebnisse der Shoah auseinander setzen zu können, wenn beide den Krieg überlebt hatten. Erst in den letzten Jahren, nachdem die Generation der Mütter gestorben war, brachen die meisten Töchter ihr Schweigen. Sara Horowitz' Vortrag entmystifizierte die bestehende Heroisierung der Tochter-Mutter-Beziehungen in der Erinnerung an die Shoah und zeigte auf, dass Leiden nicht edel macht, sondern positive wie negative Züge bloßlegen kann.

Unter dem Titel *Femina Sacra. Gender, Grief and Political Violence* befasste sich der Vortrag der Soziologin Dr. Ronit Lentin (University of Dublin) mit weiblichen Formen der Erinnerung an den Holocaust am Beispiel Transnistriens. Ausgangspunkt war Giorgio Agambens Konzept des »homo sacer« als dem der souveränen Macht des Staates ausgelieferten Menschen. Für die in der Zwangssituation des Lagers als minderwertig deklasierten Frauen hatte dieser Status nicht nur Konsequenzen für ihre Verfolgung, sondern auch für die Erinnerung an ihr Leiden. Obwohl der Tod der nach Transnistrien deportierten rumänischen Juden von den Überlebenden als schlimmer wahrgenommen wurde als der Massenmord in Auschwitz, hielten die Tabuisierung der Ereignisse in Rumänien und die eigene Scham über die erlebte Verletzlichkeit und Hilflosigkeit sie lange Zeit davon ab, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Da sich die Erinnerungen von weiblichen Überlebenden in der Regel weniger als männliche Erinnerungen in lineare Narrative und Erinnerungstereotype einpassen, stellen sie diese als »Gegenerzählungen« in Frage.

In der Arbeitsgruppe der österreichischen Ethnologin und Soziologin Dr. Helga Amesberger (Institut für Konfliktforschung, Wien) *Zur Geschichte und Zukunft der Lagergemeinschaften. Die österreichischen Lagergemeinschaften Ravensbrück und Mauthausen als Beispiele* wurde die Frage nach der Zukunft von Lagergemeinschaften diskutiert. Anhand der beiden österreichischen Lagergemeinschaften wurde zunächst auf ihre Entstehung und Geschichte eingegangen sowie auf ihre Fortführung ohne die ehemals Verfolgten. Bereits in der Diskussion zeigten sich verschiedene Ansichten darüber, ob sogenannte »FreundInnen« die Legitimation besitzen, die Lagergemeinschaften fortzusetzen und diese innerhalb von Gremien zu vertreten, oder ob dies ausschließlich den Überlebenden bzw. ihren Nachkommen vorbehalten sein sollte. Im Fall der österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück entschieden sich die ehemaligen Verfolgten dafür, FreundInnen in die Lagergemeinschaft aufzunehmen. Mit einer Präambel in den Statuten der Lagergemeinschaft wird den NachfolgerInnen, die als politische Vertretung der Überlebenden agieren sollen, eine Richtung für ihr zukünftiges Handeln vorgegeben.

Mit dem Thema *Italienische Lagergemeinschaften. Gedenken, Opferkonkurrenzen und Geschlecht* befasste sich eine weitere Arbeitsgruppe unter Leitung Paola Bertilottis (Sciences-Po, Paris). Nach 1945 unterstützten die noch faschistisch geprägten staatlichen Instanzen in Italien weder die Repatriierung der Deportierten, noch akzeptierten sie ihre Zuständigkeit hinsichtlich der gesundheitlichen, psychischen und materiellen Notlagen der KZ-Überlebenden. Die Selbstorganisation bildete die einzige Möglichkeit der ehemaligen KZ-Häftlinge, ihre Anliegen gegenüber dem Staat und anderen Interessengruppen zu vertreten. Die unmittelbar nach Kriegsende gegründeten Organisationen sahen sich mit der Aufgabe konfrontiert, ihren Mitgliedern bei der Reintegration in ein »normales« Leben zu helfen und zugleich die Verantwortung für die Dokumentation der Deportationen, für die Bewahrung der Erinnerung und die Würdigung der Toten zu übernehmen. Anhand verschiedener Texte konnte herausgearbeitet werden, dass die Überlebenden

als italienische Bürger und als Opfer antisemitischer Rassenpolitik Anerkennung und Gleichstellung beanspruchten. Nur vor dem Hintergrund der Prioritätensetzung für eine »nationale Versöhnung« und der vergangenheitspolitischen Intentionen der Parteienpolitik unter den Bedingungen des Kalten Krieges wurde nachvollziehbar, dass – ungeachtet der bereits in den ersten Nachkriegsjahren veröffentlichten Erinnerungsberichte und Dokumentationen – erst 20 Jahre nach Kriegsende eine Tradition nationalen Gedenkens begründet wurde, an der auch die Organisationen der Ex-Deportierten beteiligt waren.

Der Tag schloss mit einer von Dr. Insa Eschebach und Dr. Andrea Genest (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) geleiteten Podiumsdiskussion, in der Prof. Dr. Mechthild Gilzmer (Technische Universität, Berlin), Sarah Helm (London), Dr. Rochelle G. Saidel (Remember the Women Institute, New York) und Dr. Susanne Y. Urban (Yad Vashem, Jerusalem) über *Das Ravensbrück-Gedächtnis in den USA, Frankreich, Israel und Großbritannien* diskutierten. Dabei wurden Unterschiede festgestellt, deren Ursachen vor allem in den verschiedenen historischen und politischen Ausgangssituationen der einzelnen Länder zu suchen sind. Während Ravensbrück in Großbritannien allenfalls durch den Hamburger Ravensbrück-Prozess von 1946/47 und in Ravensbrück internierte britische Agentinnen bekannt ist, spielten die französischen Ravensbrückerinnen schon unmittelbar nach Kriegsende eine große politische Rolle. In den USA und Israel wuchs das öffentliche Interesse an der Geschichte des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück hingegen erst in den letzten zehn Jahren, obgleich in beiden Ländern zahlreiche Frauen und Männer lebten und leben, die in Ravensbrück inhaftiert waren.

Der vierte Tag der Sommer-Universität galt dem Thema *Transformationen memorialer Praxis*. Er wurde von Dr. Jean Michel Chaumont (Université catholique de Louvain) mit einem Referat über *The Aporetic Challenge to Heroize »passive« Victims: Aimé Césaire and Elie Wiesel or Why was the Claim to Uniqueness a Need of Moral Reconstruction* eingeleitet. Chaumont stellte dabei die Kolonialkritik Aimé Césaires den Positionen Elie Wiesels gegenüber. Césaire hatte die Shoah als Deutungsmuster für die Sklaverei genutzt und die europäischen Kolonien in Amerika und Afrika als ein »allumfassendes Konzentrationslager« beschrieben. Er behauptete, dass die Schwarzen nur durch die Vorstellung der Freiheit und die Güte untereinander überlebt hätten. Wiesel habe die Begriffe Scham und Stolz in die Diskussion eingebracht. Im Gegensatz zu Césaire betonte er, dass der Holocaust mit keinem anderen geschichtlichen Ereignis vergleichbar sei. Juden sollten seiner Meinung nach stolz sein auf den Holocaust als »greatest event«.

In ihrem Vortrag *Zwischen Heroisierung und Viktimisierung. Anmerkungen zur visuellen Erinnerungskultur* diskutierte die Berliner Kunsthistorikerin Dr. Katrin Hoffmann-Curtius am Beispiel verschiedener bildlicher Darstellungen Fragen nach der Repräsentation des Jüdischen und dem möglichen Einfluss antisemitischer Stereotypen, nach dem Verhältnis von Geschlecht und einer Hierarchisierung der Opfer in den Kunstwerken, nach dem, was nicht in Bilder gefasst wird, und nach möglichen Kontinuitäten der Bildsprache nach 1945. Dabei kontrastierte sie naturalistische Darstellungen und heroisierende Repräsentationen wie Nathan Rapoport's Warschauer Ghetto-Denkmal von 1948 mit der Abstraktion in den Werken Picassos und Fautriers. Während die Heldin auf Rapoport's Denkmal wie eine Amazone dargestellt ist, verweisen Fautriers Bilder gerade auf die Zerstörung des weiblichen Körpers. Andere Denkmäler der Nachkriegszeit zeigen Frauen vor allem als »Trauernde« oder »Tröstende«. In der Diskussion wurde die Frage nach Traditionen der Repräsentationsformen nach 1945 aufgegriffen und dabei der nachhaltige

Einfluss Arno Brekers auf die Denkmale der Résistance in Frankreich angesprochen.

Eine Arbeitsgruppe befasste sich unter Leitung des Krakauer Soziologen Prof. Dr. Marek Kucia (Jagiellonen-Universität) mit den *Repräsentationen von Auschwitz in Polen von 1945 bis zur Gegenwart*. Im Mittelpunkt stand die Repräsentation der Shoah in Literatur und Film und in der Gedenkstätte Auschwitz. Galt »Auschwitz« bis Ende der Sechzigerjahre als Symbol der Einheit der polnischen Nation und danach als Mahnmal des Friedens in der Blockkonfrontation des Kalten Krieges, so wird Auschwitz in der heutigen Ausstellung als zentraler Ort des Judenmords thematisiert. Mit Rücksicht auf die vor 1989 kanonisierte Opferzahl von 4 Millionen wurde in der Neugestaltung darauf verzichtet, die unserem heutigen Kenntnisstand entsprechende Zahl der 1,35 Millionen nach Auschwitz Deportierten explizit zu nennen. Neben den Filmen der Achtziger- und Neunzigerjahre wie »Kornblumenblau«, »Shoah« und »Schindlers Liste« sind es vor allem frühe literarische Verarbeitungen der Holocaust-Erfahrung wie die von Tadeusz Borowski und Zofia Nałkowska, die bis heute die polnische Erinnerung an Auschwitz bestimmen.

Die Sitzung der Arbeitsgruppe Darstellung von Häftlingen in modernen Gedenkstätten – Ausstellungen in Deutschland begann mit einem Referat von Thomas Lutz (Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors) über die Gedenkstättenlandschaft, ihre Kosten und das neue Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung. Dieses strebe eine engere Zusammenarbeit und eine weitere Professionalisierung der 19 wichtigsten NS-Gedenkstätten an, berge aber andererseits die Gefahr einer stärkeren politischen Einflussnahme. Lutz nannte die Neunzigerjahre »das Jahrzehnt der Gedenkstätten« und sprach von einem positiven Trend. Dennoch sei es weiterhin notwendig, an gemeinsamen Zielstellungen zu arbeiten. Ein kritisches selbstbestimmtes Bild, die Darstellung aller Opfergruppen und die Probleme oftmals moralisierender Ausstellungsansätze waren Themen der Diskussion. Abschließend setzte sich Lutz mit der Bedeutung von Bildern, Dokumenten und Artefakten in den neueren Ausstellungskonzeptionen und den Gründen für eine stärkere Individualisierung und Abstraktion in der Präsentation auseinander.

Die 4. Europäische Sommer-Universität Ravensbrück schloss im Jüdischen Museum Berlin mit einer von Dr. Marianne Zepp geleiteten Podiumsdiskussion, in der Cilly Kugelman, der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Micha Brumlik (Universität Frankfurt/Main), der Bundestagsabgeordnete der Grünen Jerzy Montag und der Berliner Psychoanalytiker Yigal Blumenberg über das Thema *Trauma, Erinnerung und öffentliche Gedenkpoltik. Über die Zukunft des Erinnerns* debattierten.

Michael Herrmann studiert an der Universität Leipzig Mittlere und Neuere Geschichte im Hauptfach sowie Journalistik und Ethnologie im Nebenfach.

Johanna Kootz, Soziologin, war bis 2005 als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin an der FU Berlin, Zentraleinrichtung Frauen- und Geschlechterforschung tätig.

Thomas Schaarschmidt ist Privatdozent für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig und arbeitet seit 2004 am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Josephine Ulbricht studiert an der Universität Leipzig Mittlere und Neuere Geschichte im Hauptfach sowie Klassische Archäologie und Journalistik im Nebenfach.